

# **Der Psychologe und Pädagoge Oswald Kroh an der Freien Universität Berlin - biographische Rückblenden in dekonstruktiver Absicht<sup>1</sup>**

*Hein Retter*

**Zusammenfassung:** Oswald Kroh (1887–1955), der in den Kriegsjahren zum vermutlich einflußreichsten Universitätspsychologen im Dritten Reich avancierte, mußte 1945 wegen NSDAP-Mitgliedschaft die Berliner Universität verlassen. Ab 1948 bis zu seinem Tod lehrte er an der Freien Universität Berlin. Der vorliegende Beitrag beleuchtet die Vorgänge, die zur Berufung des politisch hochbelasteten Kroh an die neu gegründete Freie Universität führten. Ein zweiter Schritt erfaßt die Vorgeschichte des beruflichen Neubeginns, nachdem sich Kroh in den Jahren 1946–48 bemüht hatte, an seinen ehemaligen Wirkungsort in Ostberlin (die spätere Humboldt-Universität) zurückzukehren. Weitere biographische Rückblenden verdeutlichen, wie Kroh in der Nachkriegszeit von seiner NS-Vergangenheit immer wieder eingeholt wurde. Die von der SED kontrollierte Presse verbreitete die Auffassung, Kroh sei in Ostberlin als Nazi entlarvt, in Westberlin jedoch mit offenen Armen empfangen worden. Eine Prüfung der Aktenlage erweist diese Behauptung als Legende. Vielmehr wird sichtbar, daß sowohl bei Ost- als auch bei Westberliner Behörden erheblicher Widerstand gegenüber Kroh als Universitätslehrer bestand, wohingegen das Interesse an Kroh – und damit die Vernachlässigung seiner politischen Belastung – nicht nur bei den Leitungsgremien der FU, sondern ebenso zuvor bei Funktionsträgern der Ostberliner Universität erkennbar vorhanden war.

**Abstract:** From 1940 on Oswald Kroh (1887–1955) was probably the most powerful psychology professor of the Third Reich. From 1948 to 1955 he held a chair of psychology at the Free University in West Berlin, which had been founded in 1948. This article reconstructs the proceedings of Kroh's re-employment as a professor of psychology (and pedagogics), considering Kroh's political Nazi-background. The second step tries to reconstruct what happened in East Berlin in the years of 1946–48 as Kroh tried to get re-employment in his former area of activity, the University of Berlin (since 1949 named Humboldt-University). The SED-controlled press in the Soviet sector of Berlin spread the news that in East Berlin Kroh had been unmasked as a Nazi, whereas he was welcomed with cheers in the newly founded university in West Berlin. Our attempt to reconstruct the actual events makes clear that this assumption is a legend. It is quite certain that the authorities both in East and West Berlin had reservations because of Kroh's former Nazi activities, whereas the majority of Kroh's faculty colleagues and especially the chairmanships of both universities neglected his political background as far as possible and tried to have him back as an academic teacher.

# 1. Krohs Berufung an die Freie Universität Berlin 1948-50

## 1.1. Einleitung

Oswald Kroh (1887-1955) wurde 1922 Extraordinarius in Braunschweig für Philosophie, Psychologie und Pädagogik, ging 1923 als Professor für Erziehungswissenschaften an die Universität Tübingen, wechselte 1938 (als Nachfolger Aloys Fischers) nach München auf den Lehrstuhl für Pädagogik und Psychologie<sup>2</sup> und folgte schließlich 1942 einem Ruf an die Berliner Universität auf den Lehrstuhl für Psychologie, der seit 1935 durch die Emigration Wolfgang Köhlers vakant geblieben war.<sup>3</sup>

Kroh gehörte zu den ersten Professoren, die an der 1948 gegründeten Freien Universität Berlin ihre Tätigkeit aufnahmen. Er starb am 11. September 1955, zwei Wochen vor der Eröffnung des Berliner Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Psychologie, den er als Hausherr eröffnen wollte. In pädagogischen und psychologischen Zeitschriften der Jahre 1955/56 erschienen zahlreiche Nachrufe. Ein Nachruf pflegt den Verstorbenen im besten Sinne zu würdigen und vermeidet in der Regel jegliche Andeutung, die einen Schatten auf sein Leben werfen könnte. *De mortuis nil nisi bene*. So würdigte Philipp Lersch (1956, S. 55) in einem Nachruf auf Kroh „die Weite und Klarheit seines Denkens“, die „Unbestechlichkeit seines Urteils“, die „Unermüdlichkeit seiner Tatkraft“, mit der er immer wieder „neue Aufgaben übernahm“.

Neben der Persönlichkeit des Wissenschaftlers hat ein Nachruf die wissenschaftliche Leistung des Verstorbenen hervorzuheben, und auch hier hatte Kroh beträchtliche Verdienste aufzuweisen – angefangen von seinen wahrnehmungspsychologischen Untersuchungen über die von ihm ausgearbeitete Phasenlehre der Jugendentwicklung, Beiträgen zur Typen- und Begabungsforschung, bis hin zu Fragen der Schulreform („Psychologie der Oberstufe“, 1932), der Lehrerbildung und der „Revision der Erziehung“ (1952; <sup>6</sup>1966): ein bezeichnender Titel für sein letztes Buch, das mit dem Begriff der Revision – so läßt sich nur ahnen – die Zeit *vor* 1945 mit im Blick haben müßte, wenn *nach* der Zeit des sog. Dritten Reiches Veranlassung besteht, die kritisch in den Blick genommenen Erscheinungsweisen aktueller Erziehung zu „revidieren“.

Kroh war von 1940 bis Kriegsende kommissarischer Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Psychologie, wurde 1940 Mitglied der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina (mit Sitz in Halle/S.) und 1942 Mitglied der Akademie der Bayerischen Akademie der Wissenschaften.

Ulfried Geuter (1984, S. 443) meinte, nach dem Krieg sei in Nachrufen wohl kaum ein anderer Psychologe mehr geehrt worden als Kroh. Die Aussage

erscheint dadurch gerechtfertigt, daß Kroh „Symbolfigur“ (Geuter) für den Wandel war, der sich in den dreißiger und vierziger Jahren innerhalb der Psychologie als Universitätsdisziplin und als Berufsstand vollzog. Daß dieser Modernisierungsschub sich ausgerechnet in der Zeit des Nationalsozialismus ereignete, ist eine These, die zum Bestandteil der allgemeinen Diskussion über das Thema „Nationalsozialismus und Modernisierung“ wurde.<sup>4</sup> Wenn Krohs Publikationen in neueren Sammelbänden zur *Geschichte der Psychologie* so gut wie keine Rolle spielen, dann sind zumindest seine Leistungen für den *Berufsstand der Psychologen* als einem staatlich anerkannten, nur über ein Universitätsstudium erreichbaren *akademischen* Ausbildungsberuf erwähnenswert. Die Durchsetzung einer Prüfungsordnung für Diplompsychologen im Jahre 1941, mit welcher der psychologische Berufsstand begründet wurde, geht letztlich auf Kroh zurück.

Und schließlich war es Kroh, dem in seinen letzten Wirkungsjahren an der Berliner FU die Neubegründung des Psychologischen Instituts und die Aufnahme des Lehrbetriebes zu danken war, er hatte darüber hinaus an der FU eine Höherqualifikation für Sozialpädagogen durch ein Zusatzstudium in Form von Abendkursen eingerichtet.<sup>5</sup> Nach seinem Tod wurde diese Ausbildung eingestellt.

Zu Krohs Schülern gehören bekannte Wissenschaftler, darunter Lehrstuhlinhaber wie Rudolf Bergius, Gerhard Kaminski, Kurt Aurin, Klaus Holzkamp, Elfriede Höhn. Die Tatsache, daß Kroh im Laufe seiner Hochschullehrtätigkeit Ordinateure sowohl für Psychologie als auch für Pädagogik wahrnahm und schon in seiner Tübinger Zeit einen großen Schülerkreis besaß, der zahlreiche Forschungsarbeiten zur Psychologie des Kindes durchführte, ließ Kroh innerhalb der pädagogischen Geschichtsschreibung auch zu den Mitbegründern einer empirisch orientierten Erziehungswissenschaft werden (vgl. Lochner 1963). Wenn man bedenkt, daß der Kroh-Schüler Heinrich Roth (1906-1984) durch seine Göttinger Antrittsvorlesung 1962 die „empirische Wendung“ der Pädagogik zum allgemeinen Programm erhob und als Mitglied des Deutschen Bildungsrates mit dem 1970 erschienenen „Strukturplan für das Bildungswesen“ entscheidenden Anteil an der Bildungsreform der siebziger Jahre hatte, ist der Einfluß, den Kroh durch seine Schüler im Nachkriegsdeutschland ausübte, nicht unbeträchtlich.

1955, im Todesjahr Krohs, war die FU Berlin bereits eine etablierte Universität, der Kalte Krieg zwischen Ost und West in der „Frontstadt“ Berlin freilich ungebrochen. Gehen wir nun ein paar Jahre zurück in die Gründerjahre der Freien Universität.

Am 27. Januar 1949 erschien in der „Täglichen Rundschau“, der in Ostberlin erscheinenden Tageszeitung, ein Artikel mit der Überschrift: „Naziprofessoren in Berlin“.

Der erste Satz des Artikels lautete:<sup>6</sup>

Mit tiefer Befriedigung registriert die Westberliner Presse, daß als „Ordinarius für Psychologie“ der Professor Dr. Oswald Kroh an die Dahlemer Dollaruniversität berufen wurde.

Anschließend werden weitere FU-Professoren (Dovifat, Hübner, Knudsen, Leisegang, Freyer, Brinkmann, Arndt) aufgeführt, die auf Grund ihrer nationalsozialistischen Vergangenheit „eine dem Professor Kroh würdige Gesellschaft“ seien.

Und der Artikelschreiber („Fri.“) fährt fort:

Die Freie Universität Berlin, die in ihrer materiellen Grundlage völlig von privaten Spenden ausländischer und inländischer Finanzleute abhängig ist, erweist sich immer mehr als ein sicherer Unterschlupf für faschistische Geistesakrobaten des Hitlerregimes. Professor Kroh kann für sich das traurige Verdienst in Anspruch nehmen, ein *Naziaktivist* ersten Ranges gewesen zu sein (FUB: Spiller, Anlage 3).

Der Artikel nimmt anschließend Krohs politische Äußerungen und Aktivitäten nach 1933 aufs Korn – durch Zitation aus Krohs Personalakte beim ehemaligen Reichserziehungsministerium (heute archiviert im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde).

Der Artikel in der „Berliner Zeitung“ schließt mit dem Satz:

Gerade diese Vergangenheit als Naziaktivist und Fragebogenfälscher sind allein die richtigen Empfehlungen für das Dahlemer Institut, das sich sehr zielbewußt zu einer faschistischen Hochburg in Berlin entwickelt.

Am 13. Januar 1950, also wenige Monate nach Gründung der DDR, finden wir in der Ostberliner „Berliner Zeitung“ einen weiteren Artikel („Studenten sprechen durch uns. Das Echo auf die hier publizierte Kritik an der ‚freien Universität Berlin‘“). In diesem Beitrag werden erneut die FU und ihre Professoren attackiert, darunter Kroh sowie der Leiter des Gründungsausschusses und geschäftsführende Rektor der FU, Redslob. Über ihn hieß es:

Der Rektor der „Freien“ Universität, Edwin Redslob, ist keineswegs nur bekannt als Huldiger prominenter Damen, wie etwa Emmy Göring, zu deren Porzellanservice er im Jahre 1943 ... zarte Vierzeiler schrieb. Viel kompakter noch im Dienste der Nazis

arbeitete er in seinem historischen Buch „Des Reiches Straße“, worin er eine ganze deutsche Kulturgeschichte mit Entzücken so enden ließ, daß sie ihre Krönung im „Werk und Wesen“ Adolf Hitlers fand. (FUB: Spiller, Anlage 16)

Über Kroh schreibt der Autor im gleichen Zusammenhang:

Dieser ehemalige Naziexponent in der Arbeitsgemeinschaft der „Wehrmachtpsychologie“ bemühte sich, Rassenlehre und Psychologie aufs innigste zu verschmelzen. Nach dem Zusammenbruch 1945 bewarb er sich vergeblich bei der Humboldt-Universität und marschierte daraufhin in altem Schritt nach Dahlem.

Wir befinden uns mitten in der heißesten Phase der politischen Auseinandersetzungen in der Viersektorenstadt Berlin, in der Zeit, in der die FU ihre Geburtswehen hatte. Stimmen die Vorwürfe? muß sich derjenige fragen, der ein möglichst wahrheitsgetreues Bild der Ereignisse rekonstruieren will. Meine vorweg gegebene Antwort, für die ich im Laufe des Vortrags einige Belege geben möchte, lautet:

Das meiste stimmt, soweit der Faktengehalt der Interessenlage desjenigen entsprach, der die Vorwürfe erhob – hinter den angeführten Zitaten der Ostberliner Zeitungen, die von der Sowjetischen Militäradministration (SMA) lizenziert waren, stand die politische Entlarvungsstrategie der SED. Daß die Hinweise über frühere Bekenntnisse zum NS bei Kroh und anderen FU-Professoren mit Gründungsväterstatus in einem allgemeinen Sinne den Fakten entsprachen, davon ist auszugehen. Es gab aber nicht nur das Verschweigen von Sachverhalten aus der NS-Zeit bei einzelnen Professoren im Westen, es gab bei der im Gewande der Moral auftretenden Ostberliner Presse ebenso die Unterdrückung der Wahrheit, nur in einem etwas anderen Zusammenhang. So unterschlug die SED-Presse, daß die Gründung der FU maßgeblich auf die Initiative von Studierenden zurückging, die sich gegen die kommunistische Ideologisierung der Ostberliner Universität „Unter den Linden“ gewandt hatten, aber keineswegs Reaktionäre und verkappte Nazis waren, was von der SED unterstellt wurde.

Von besonderem Interesse ist natürlich, welche Aussagen Kroh nach Kriegsende über die eigene politische Vergangenheit machte, angesichts der Tatsache, daß er sich ab 1933 in mehrfacher Hinsicht zum NS bekannt hatte und solche Bekenntnisse unschwer in seinen Veröffentlichungen zu finden waren. Auch hier möchte ich vorweg feststellen, daß jene Aussagen stimmten, deren Faktenbasis seine nationalsozialistische Vergangenheit *nicht* betrafen, andere seiner Rechtfertigungsversuche standen auf tönernen Füßen. Die Fakten wurden von ihm nach dem Krieg in gewisser Weise zurechtgebogen. Am einfachsten war es, einen politisch belastenden Tatbestand nicht zu erwähnen, im äußersten Notfall

wurde schlicht die Unwahrheit gesagt.<sup>8</sup> Das implizierte beträchtliche Risiken. Besser funktionierte der Weg – der damals von politisch belasteten Personen allgemein beschritten wurde – zum Beweis der moralischen Untadeligkeit der eigenen Person das Zeugnis anderer nahestehender Personen, insbesondere politisch unbelasteter Kollegen, einzuholen. Auch Kroh tat zwischen 1946 und 1948 das, was alle Professoren, die der NSDAP angehört hatten, in der Zeit der sog. Entnazifizierung versuchten: Über eidesstattliche Erklärungen Dritter sich einen „Persilschein“ ausstellen zu lassen, der freisprach von politischer Mittäterschaft. Dies war zum einen wichtig, um – auch vor sich selbst – moralisch unbeschädigt so weiterzuleben wie zuvor, zum anderen entscheidend, um die berufliche Tätigkeit als Hochschullehrer fortsetzen zu können.

## 1.2. Zur Gründung der Freien Universität Berlin

Die Gründung der Freien Universität Berlin und ihre politischen Hintergründe sind hinreichend dokumentiert (vgl. Tent 1988; Kotowski, 1989) und brauchen hier nur zusammenfassend Erwähnung zu finden. Die Vorgeschichte beginnt an der ehemaligen Friedrich-Wilhelms-Universität. Es war Eduard Spranger (1882-1963), der als erster vorläufiger Rektor von Mai bis September 1945 erfolglos versuchte, die ehemalige Friedrich-Wilhelms-Universität wieder aufzubauen (Tent 1988, S. 19 ff.). Vergeblich bemühte er sich, in Berlin, das seit 1. Juli 1945 Vier-Mächte-Status hatte, ein angemessenes Gebäude für die wiederzueröffnende Universität zu finden, und vergeblich hoffte er, sie werde den vier Alliierten zur Verwaltung unterstellt. Auf Druck von Otto Winzer gab Spranger sein Amt zurück und verließ Berlin im Juni 1946 tief enttäuscht, um einem Ruf auf den Lehrstuhl für Philosophie der Universität Tübingen zu folgen (vgl. Tent, 1988, S. 27).

Am 11. Oktober 1945 wurde die Kontrollzuständigkeit für die Berliner Universität auf die „Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung in der Sowjetischen Besatzungszone“ (abgekürzt DZV; späterer Name: „Deutsche Verwaltung für Volksbildung“) übertragen, womit sie ganz dem Einfluß kommunistischer, mit den Sowjets zusammenarbeitender Kräfte ausgesetzt war. Es war dann nur folgerichtig, daß das Hauptgebäude der Universität in *ihrem* Herrschaftsbereich, nämlich „Unter den Linden“, etabliert wurde. Die Versuche der westlichen Alliierten, ebenfalls die Kontrolle über die Universität zu erhalten, wehrten die Sowjets erfolgreich ab (zum Teil mit dem Argument, daß es nicht um eine Fortsetzung der alten Universität, sondern um eine Neugründung ginge).

Die Berliner Universität „Unter den Linden“, die später den Namen Humboldt-Universität erhielt, wurde am 29. Januar 1946 offiziell wiedereröffnet. Es gab akuten Mangel an politisch unbelasteten Professoren. Wie ein Zeitzeuge mitteilte (vgl. Tent, 1988, S. 38), waren von den mehrheitlich politisch belasteten 700 Universitätslehrern im Zuge der Entnazifizierung nur noch 200 übrig geblieben. Im Januar 1948 verloren im Zuge der durchgeführten Entnazifizierung 349 Professoren und Dozenten ihre Stellung (Prell/Wilker, 1989, S. 269).

Die Anfänge der Berliner Universität waren von den ersten Wochen an gekennzeichnet durch Konflikte zwischen den Studenten, meistens ältere Kriegsheimkehrer, und den sowjetischen Behörden. Der überwiegende Teil der Studenten war nicht kommunistisch gesinnt.

Es gab drei Hauptstreitpunkte, an denen sich die Auseinandersetzung zwischen Studenten und Ausbildungsfunktionären an der Linden-Universität entzündete. Konfliktstoff lieferten zunächst einmal die Zulassungspraktiken, die sich an der Universität Unter den Linden, besonders im zweiten Nachkriegssemester, das im Herbst 1946 begann, einspielten. Dazu kam eine Kontroverse über die sozialwissenschaftlichen und politischen Pflichtvorlesungen, die im Lehrplan des Wintersemesters 1947/48 auftauchten. Am meisten Zündstoff lieferte jedoch die Tatsache, daß von März 1947 an eine Reihe von Studenten, die sich öffentlich mit den Behörden im Ostteil Berlins angelegt hatten, verhaftet wurden oder plötzlich verschwanden. (Tent, 1988, S. 45).

Die düstere Gewißheit, der braunen Diktatur folge die rote auf dem Fuß, wurde in ihrem Wahrheitsgehalt vor allem denjenigen nichtkommunistischen Studierenden bewußt, die den NS in seinen schlimmsten Formen erlebt hatten und nun am Anfang eines neuen hoffnungsvollen Lebensabschnittes an der Berliner Universität politische Indoktrination und Drangsalierung durch den sich ausweitenden Machtapparat der SED erfuhren. Einer derjenigen Professoren, die die politische Indoktrination aktiv mitgestalteten, war Robert Havemann (vgl. Tent, 1988, S. 35). Ab Herbst 1946 wuchs mit den immer rigorosierender gehandhabten Zulassungsbeschränkungen und der zunehmenden Politisierung der Universität im Sinne der SED der studentische Protest, der sich bald der Unterstützung durch die Presse in den drei Westsektoren sicher sein konnte. Eine Gruppe engagierter Studenten wandte sich an die amerikanische Militärverwaltung, die aber erst allmählich die durch ihre eigene Untätigkeit mitverschuldete Situation zu begreifen begann. Andererseits bekämpfte die SED in immer offenerer Form jedwede studentische Opposition. Mit dem Erscheinen der von einer studentischen Oppositionsgruppe gegründeten, in Westberlin erscheinenden Studentenzeitschrift *Colloquium* (ab Mai 1947), der Verhaftung und Verurteilung von drei oppositionellen Studierenden zu langjährigen Gefängnisstrafen und der

Relegation einer oppositionellen Studentengruppe<sup>9</sup> war jener Boden bereitet, der die SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung am 11. Mai 1948 durch einen entsprechenden Antrag veranlaßte, „sofort alle Maßnahmen für die Errichtung einer freien Hochschule zu ergreifen“ (Schuppan, 1990, S. 227). Einige Politiker, die noch Hoffnung auf eine politische Einigung hatten, aber auch die amerikanische Besatzungsbehörde, übten sich eher in Zurückhaltung gegenüber diesem Vorhaben, für das es schwierig war, sogleich ein realistisches Konzept zu entwickeln – ohne akademische Lehrer und Räumlichkeiten präsentieren zu können. General Clay stellte sich schließlich hinter das Projekt, das auch auf Grund des Viermächtestatus der Stadt zunächst als eine überwiegend private Initiative firmierte (vgl. Kotowski, 1989, S. 23). Am Tag des Gründungsauftrufes für eine „Freie Universität“ in Westberlin, am 24. Juni 1948, begann gleichzeitig die sowjetische Blockade Westberlins mit der Schließung aller Land- und Wasserstraßen, die die Sowjets erst am 12. Mai 1949 wieder aufhoben.

Im Wintersemester 1948/49, als der Lehrbetrieb der FU aufgenommen wurde, waren 2140 Studierende immatrikuliert (vgl. Prella/Wilker, 1989, S. 266). Die Tatsache, daß die FU durch den politischen Druck nichtkommunistischer, demokratisch gesinnter Studierender zustande kam, bescherte ihr ein Modell studentischer Mitbestimmung in sämtlichen Universitätsgremien, das allen anderen westdeutschen Universitäten weit voraus war.

### **1.3. Kroh an der Freien Universität – die Last der Vergangenheit**

Ich mache nun einen Sprung in das Jahr 1991 und zitiere aus einem Aufsatz von Dietrich Goldschmidt (ab 1958 Soziologie-Professor an der Berliner PH und langjähriger Direktor des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung), der in einem Sammelband über „Pädagogen in Berlin“ (Schmoltdt, 1991) darauf zu sprechen kann, daß die FU nach ihrer Gründung versuchte, die Lehrerausbildung mit zu übernehmen, die im November 1946 an der Pädagogischen Hochschule für Groß-Berlin etabliert worden war. Eine entscheidende Rolle dabei spielte Kroh, der nach seiner vorläufigen Berufung an die FU den Auftrag erhielt, neben dem Psychologischen Institut auch das Erziehungswissenschaftliche Institut aufzubauen. Goldschmidt schätzte rückblickend Krohs Rolle kritisch ein:

Wie konnte ... die Freie Universität Berlin ... die Ausbildung der Gymnasiallehrer an sich ziehen und womöglich nach den Vorstellungen des Entwicklungspsychologen Prof. Oswald Kroh die gesamte Lehrerbildung durch Umwandlung der PH in ein der Erziehungswissenschaft der FU zugeordnetes Universitätsinstitut übernehmen? [...] Es bleibt ... zu ergänzen, daß die PH sich in den politischen Kämpfen nicht zuletzt



auch deshalb gegen ihre Übernahme durch die Freie Universität bewährte, weil sich die politischen Positionen der entscheidenden Personen und Gremien deutlich unterschieden. (Goldschmidt, 1991, S. 334)

Goldschmidt konstatierte, daß die PH damals mehrheitlich „von Personen getragen wurde, die sich nationalsozialistisch nicht kompromittiert“, sondern unter dem NS gelitten hatten, demgegenüber sei die Einstellung an der FU „deutlich konservativ“ gewesen, und er fuhr fort:

Eine besondere Erschwernis der Beratungen lag in der Person Krohs, einem zuvor aktiven Nationalsozialisten; sein Tod 1955 ließ es zu einer gewissen Klimaverbesserung zwischen PH und FU Berlin kommen. (ebenda)

Ich halte den ersten Teil der Aussage Goldschmidts (bis zum Semikolon) für richtig, den zweiten Teil für Spekulation; erstens weil Kroh mit seiner endgültigen Ernennung zum Ordinarius für Psychologie ab Herbst 1950 wesentlich mit dem Aufbau seines Institutes involviert war (wiewohl er in Fragen der Lehrerbildung für die FU weiterhin gewisse Funktionen ausübte), zweitens weil der von Anfang an bestehende Graben zwischen PH und FU primär institutionelle Gründe hatte. Was die Wertung Krohs als „aktiven Nationalsozialisten“ anbelangte, berief sich Goldschmidt auf einen Aufsatz von Hans-Christian Harten, der zu dem Thema „Rasse und Erziehung“ 1993 politisch belastende Zitate aus sozialwissenschaftlichen Veröffentlichungen nach 1933 zusammenstellte, wobei Aufsätze Krohs mehrfach vertreten sind (vgl. Harten 1993).

Wie kam Kroh an die Freie Universität? Ganz so einfach, wie die *Tägliche Rundschau* 1949 und andere dies nahelegten (vgl. Hohmann 1985, S. 45), ging die Berufung des ehemaligen Nationalsozialisten Kroh an die FU denn doch nicht vonstatten.

Aus der FU-Personalakte Kroh geht hervor, daß Redslob als Leiter des vorbereitenden Ausschusses der FU Berlin am 29. September 1948 ein Schreiben an Kroh richtete, das besagte:

Auf Grund der mit Ihnen geführten Berufungsverhandlungen haben wir Sie für eine Professur in Aussicht genommen. (FUB: PA Kroh S.42; Spiller, Anlage 15).

Allerdings hatte Kroh, wohnhaft in Berlin Lichterfelde-Ost (Westsektor), wegen Parteizugehörigkeit als Hochschullehrer immer noch Berufsverbot. Mit Schreiben vom 23. November 1948 erlaubte die amerikanische Militärregierung eine Beschäftigung Krohs *auf vorläufiger Basis* in Abhängigkeit von dem noch ausstehenden Entnazifizierungsverfahren (FUB: Spiller, 2a).

Am 26. November 1948 erhielt Kroh von Redslob die Mitteilung, daß „der Aufnahme Ihrer Lehrtätigkeit nichts mehr im Wege steht“. Dies müsse – so fuhr Redslob fort, zunächst, wie vereinbart „in der Form eines Lehrauftrages geschehen, doch mit der Massgabe, die Geschäfte eines Ordinarius zu übernehmen“ (FUB: Spiller, S. 2). Tatsächlich begann Kroh seine Lehrtätigkeit jedoch erst nach seiner Entnazifizierung (FUB: Spiller, S. 4, Abs. g).

Die Entnazifizierung erfolgte am 25. Januar 1949 durch die Entnazifizierungskommission Steglitz. Kroh durfte in seinem behelfsmäßigen Personalausweis den Stempelaufdruck „rehabilitiert“ einfügen lassen, womit bestehende Sanktionen aufgehoben waren: „Es werden keine Einwände gegen Ihre Wiederbeschäftigung in Ihrer früheren Stellung oder einer ähnlichen Stellung“ gemacht (FUB: Spiller, 2b).

Zwei Tage später, am 27. Januar 1949, erfolgte der Angriff der *Täglichen Rundschau* mit dem erwähnten Artikel „Naziprofessoren in Berlin“, wobei Kroh zu diesem Zeitpunkt noch nicht als Ordinarius berufen war; eine entsprechende Meldung des „Tagesspiegel“, die für die „Tägliche Rundschau“ eine Auslöserfunktion besaß, war verfrüht. Kroh war auf dem Weg dorthin, aber dieser Weg war trotz formaler Entnazifizierung nicht völlig ohne Hindernisse.

Am 1. Februar 1949 beschloß die Philosophische Fakultät der FU einstimmig, Krohs Ernennung als Ordinarius für Psychologie dem Senat und dem Magistrat vorzuschlagen. Am 11. Februar 1949 hatte Kroh im Zuge der in Aussicht gestellten endgültigen Einstellung einen Personalbogen ausgefüllt, in dem er neben der Mitgliedschaft in der NSV und im Nationalsozialistischen Dozentenbund auch seine NSDAP-Mitgliedschaft von 1933 bis Kriegsende angab, dazu – und das weckte vermutlich besonderen Argwohn – eine fördernde Mitgliedschaft in der SS von 1934–38. In einem persönlichen Schreiben des zuständigen Hauptreferenten der Hochschulabteilung des Magistrates vom 3. März 1949, Reinhard, an Redslob wurden deshalb Bedenken gegenüber einer Einstellung Krohs als ordentlicher Professor geäußert.

Kroh, der den Zündstoff seiner Angaben einzuschätzen wußte, hatte von den ihm offenbar von Redslob hinterbrachten Bedenken der Hochschulabteilung erfahren. Er versuchte noch am gleichen Tag, sich bei Redslob zu entlasten (die ursprünglich offenbar falsche Datumsangabe seines Briefes, 3.2.49, ist handschriftlich korrigiert auf 3.3.49; LAB: PA Kroh): Bei der fördernden SS-Mitgliedschaft habe es sich um eine „verbindungsähnliche Gruppe“ an der Universität Tübingen gehandelt, um deren Unterstützung ihn ein Student gebeten habe, die Gruppe sei dann der SS gleichgeschaltet worden, er, Kroh, habe den geringstmöglichen Beitrag von 1 Mark entrichtet und mit seinem Weggang nach München weitere Zahlungen eingestellt.

In den folgenden Monaten geht aus dem Schriftwechsel hervor, daß sowohl Redslob als auch Dekan Goethert beim Magistrat versuchten, die gegenüber Kroh vorgebrachten Bedenken zu zerstreuen. Aber auch die Studenten mußte Kroh von sich eingenommen haben, denn in der Sitzung der Philosophischen Fakultät der FU vom 30. April 1949 gab der Dekan Kenntnis von einem Schreiben der Studentenschaft an den Rektor, indem sie sich u.a. für die Bestätigung Krohs durch den Magistrat einsetzte, was die Fakultät bewegte, den Senat zu bitten, diesen Antrag seinerseits zu unterstützen (FUB: Spiller, Abs. e).

Doch Referent Reinhard von der Hochschulabteilung des Magistrats stellte in einem Schreiben vom 20. Mai 1949 an die Personalabteilung lapidar fest, daß Kroh Nationalsozialist gewesen sei, weshalb er „vorerst mit der Wahrnehmung des Lehrstuhls in allen Rechten und Pflichten zu betrauen“ sei. Die Berufung zum Ordinarius bliebe einem späteren Zeitpunkt vorbehalten (LAB).

Am 2. Juni 1949 beantragte der Senat beim Magistrat, Kroh als Ordinarius für Psychologie zu berufen. Am gleichen Tag entschied jedoch die Personalstelle des Volksbildungsamtes entsprechend dem erwähnten Schreiben Reinhardts, Kroh zunächst nur *mit der Wahrnehmung* des Lehrstuhls zu betrauen, „mit der Massgabe, dass über seine Berufung zum Ordinarius zu einem späteren Zeitpunkt entschieden werde“ (LAB: PA Kroh). Trotz Drängens der Universität blieben beim Magistrat die Bedenken gegenüber Kroh bestehen.

Dessen ungeachtet: Kroh machte offenbar bei den Professoren ebenso wie bei den Studenten der FU einen hervorragenden Eindruck. Er konnte als Wissenschaftler brillant reden, die Menschen für sich einnehmen und im Falle eines Konfliktes auch vermitteln. Seit 1949 hielt er in der RIAS-Funkuniversität Rundfunkvorträge, in denen er die Erziehung zur Demokratie und Selbstverantwortung eindrucksvoll darstellte; daß er noch wenige Jahre zuvor in seinen Veröffentlichungen Ziele „völkisch-nationalsozialistischer Erziehung“ vertrat, war auf diese Weise allzu schnell verdrängt und vergessen. Der politische Druck des Ost-Westkonfliktes in Westberlin war so stark, daß bei jemandem, dessen Fähigkeiten für den Aufbau der Universität dringend benötigt wurden, das glaubhaft vorgetragene Bekenntnis zu den Zielen westlicher Demokratie hinreichte, ohne seine politische Vergangenheit näher in Augenschein zu nehmen, da ja ein Rehabilitationsentscheid der Entnazifizierungskommission vorlag.

Noch etwas kam hinzu: Kroh war auf Grund seiner fachlichen Kompetenz als Psychologe *und* Pädagoge vom Senat der FU dazu ausersehen, eine weitere Aufgabe zu übernehmen. Er sollte neben dem Psychologischen Institut auch das Erziehungswissenschaftliche Institut aufbauen und schrieb über die zu leistende Aufgabe einen Aufsatz in den FU-Mitteilungen (vgl. Kroh 1949). In einem Ergänzungsantrag vom 13. Juni 1949 setzte sich die Freie Universität für die Berufung Krohs auf ein Doppelordinariat, Psychologie und Pädagogik, ein.

Dem wurde von der Behörde auch stattgegeben, allerdings unter dem Signum der Vorläufigkeit dieser Funktion. Am 28. Juni 1949 schrieb der zuständige Stadtrat für Volksbildung, Walter May (SPD), direkt an Kroh (ohne Einschaltung des Rektors):

Sehr geehrter Herr Professor Dr. *Kroh*!

Ich beauftrage Sie mit der Wahrnehmung des Lehrstuhls für Pädagogik und Psychologie der Philosophischen Fakultät an der Freien Universität Berlin mit allen Rechten und Pflichten für das Sommersemester 1949. Ich beglückwünsche Sie zu diesem Auftrag und wünsche Ihnen vollen Erfolg.

Neben den berechtigten Bedenken, die gegenüber Krohs NS-Vergangenheit erhoben wurden, waren aber offenbar auch Denunziationen aus einer ganz anderen Ecke bei der Abteilung für Volksbildung eingegangen. Am 29. Juni 1949 schrieb Redslob an den Magistrat, es habe „sich nicht bestätigt, dass Herr Prof. Kroh Lenin im Sinne der Verherrlichung und Zustimmung zitiert hat“; Kroh habe sich im Gegenteil „in einer Weise, die von seinen Hörern mit grosser Zustimmung aufgenommen wurde, gegen die Methoden des Kommunismus stalinistischer Prägung gewandt, und gesagt, dass sogar Lenin über das Problem der Entwicklung u.a. gedacht habe“ (LAB).

#### **1.4. Der Streit zwischen PH und FU um die künftige Lehrerbildung in Berlin**

Eine völlig neue Wendung nahm die Berufungsangelegenheit Kroh durch ein Schreiben von Stadtrat May vom 24. November 1949. Darin teilte er Redslob mit, daß „die für dieses Wintersemester in Aussicht genommene Berufung des Herrn Prof. Dr. Kroh zum ordentlichen Professor für Psychologie gemäß dem Antrag des Senats der Freien Universität vom 2.2.1949“ im Augenblick nicht entsprochen werden könne, da dieses Ordinariat „für die für Berlin geplante Lehrerausbildung von weittragender Bedeutung sei“. Und weiter:

Es wird sich als notwendig erweisen, dass im Zusammenhang mit den Beratungen zum Lehrerausbildungsgesetz, an denen Herr Prof. Dr. Kroh als Vertreter der Freien Universität mitbeteiligt ist, und der beabsichtigten weitgehenden Zusammenführung der Freien Universität und der Pädagogischen Hochschule in einer noch näher zu bestimmenden Organisationsform auch das für Herrn Prof. Dr. Kroh beabsichtigte Ordinariat seinen sinngemässen Platz finden muss.

Der sich ab Frühjahr 1948 abzeichnende Ost-West-Konflikt führte am 1. Dezember 1948 zur politischen Spaltung Berlins, im Oktober 1949 zur Bildung

zweier deutscher Staaten. Eine neue politische Situation war entstanden, die auf die Hochschulpolitik ihre Auswirkungen hatte. Das galt insbesondere für die Lehrerbildung in Berlin, nachdem das Berliner Einheitsschulgesetz von 1948 eine für alle Schulstufen einheitliche Lehrerbildung vorsah und die Pädagogische Hochschule, die 1946 unter dem Viermächtestatus gegründet wurde, im Dezember 1948 in die Westsektoren übersiedelte. Für das, was sich dann in den folgenden Monaten als Konfliktpotential ansammelte und entlud, ist es wichtig festzuhalten, daß weder Kroh noch die Freie Universität, sondern der politische Wille der regierenden Parteien die Weichen für eine mögliche Integration der Westberliner Lehrerbildung in die Freie Universität stellte, wie sie z.B. an der Universität Hamburg seit ihrer Gründung 1920 problemlos auf allen Stufen realisiert wurde.

Im Brennpunkt der hochschulpolitischen Auseinandersetzung in Berlin stand die Frage nach der Rolle der FU in der Lehrerbildung, wofür sich mehrere „mittlere“ Lösungswege anboten; denkbar waren aber auch zwei extreme Lösungen: entweder die gesamte Lehrerausbildung ohne Mitbeteiligung der FU der PH zu überlassen oder aber die PH aufzulösen und die Lehrerbildung in die FU zu verlagern (dazu ausführlich Schuppan 1990).

Kroh war durch seine Tübinger Zeit, in der er für Lehrer ein Zusatzstudium mit Promotionsabschluß an der Universität erfolgreich praktiziert hatte, durchaus in der Lage, ein solches Ziel zu seinem eigenen zu machen, und für die Freie Universität war dieses Ziel in gleicher Weise attraktiv. Als ersten Erfolg konnte Kroh seinem Dekan Goethert mit Schreiben vom 12. Dezember 1949 melden, daß nach seinem Vortrag über „Freie Universität und Lehrerbildung“ vor den Vertretern und Vertrauensleuten des Berliner Verbands der Lehrer und Erzieher (vgl. Kroh 1950) die Versammlung einstimmig beschlossen habe, „ohne Verzögerung in Verhandlungen mit der Freien Universität zwecks Übertragung der gesamten Berliner Lehrerbildung an die Freie Universität einzutreten“ (FUB: Spiller, Anlage 8).

Gleichzeitig bat Kroh den Dekan, ihn von der kommissarischen Leitung der Institute für Erziehungswissenschaft und praktische Pädagogik zu entbinden, da er sich im Zusammenhang der Bereitschaft der FU, die Lehrerbildung zu übernehmen, der Unterstellung ausgesetzt sehe, sein Eintreten für die Universitätslösung sei durch seinen „persönlichen Geltungsdrang“ motiviert. Das Geschoß kam vermutlich von der Pädagogischen Hochschule, die zu diesem Zeitpunkt noch keine *wissenschaftliche* Hochschule war, aber sich durch jede Aktivität im Sinne der Integration in ihrer Existenz bedroht fühlte. Das führte zu weiteren massiven Angriffen gegenüber Kroh – und zwar an der Stelle, wo er verletzbar war.

Am 13. Januar 1950 hatte die SED-gesteuerte *Berliner Zeitung* – wie eingangs erwähnt – Krohs politische Vergangenheit mit dem Satz kolportiert:

Dieser ehemalige Naziexponent in der Arbeitsgemeinschaft der „Wehrmachtpsychologie“ bemühte sich, Rassenlehre und Psychologie aufs innigste zu verschmelzen. Nach dem Zusammenbruch 1945 bewarb er sich vergeblich bei der Humboldt-Universität und marschierte daraufhin in altem Schritt nach Dahlem.

Am 14. Januar 1950 teilte der Direktor der PH, Dr. Richter, Stadtrat May in einem Brief mit, der Senat der Pädagogischen Hochschule sehe sich veranlaßt, „die Berechtigung der Vorwürfe zu überprüfen, die gegen Herrn Professor Kroh wegen seiner politischen Haltung erhoben werden. Da nach einem Bericht der „Welt“ vom 9. Dezember 1949 der Berliner Verband der Lehrer und Erzieher bereit zu sein scheine, die Erziehung der Erzieher Herrn Kroh zu überantworten, „hält der Senat, aus seiner Mitverantwortung für die gegenwärtige und künftige Gestaltung der Berliner Lehrerbildung heraus, es für seine Pflicht, den Leiter des Volksbildungsamtes auf die hier drohende Gefahr aufmerksam zu machen“.

Die Gefahr, um die es ging, war einem beigegeführten Konvolut von Kroh-Zitaten der Jahre 1934-44 mit nationalsozialistischem Inhalt zu entnehmen. Es zeige, so Dr. Richter weiter, daß Kroh „ein aktiver Vertreter nationalsozialistischer Politik und Pädagogik gewesen ist, so daß eine Rehabilitierung bei dem vorliegenden Material als unverständlich, seine führende Stellung in Fragen der Berliner Lehrerbildung als untragbar angesehen werden muß“.

Wenn man sich die von der PH vorgelegte Zitatensammlung näher ansieht, ist es nicht schwer, jene belastenden Aufsätze und Aussagen wiederzufinden, die in der Personalakte Krohs an der Ostberliner Linden-Universität (seit 9. Februar 1949 Humboldt-Universität) bzw. in der DZV zu finden sind. Es gab offenbar im Fall Kroh einen engen Draht von PH-Angehörigen Westberlins zu Ostberliner Stellen, die – wie Kroh in Schreiben vom 14. Januar und vom 10. März 1950 unter Nennung von Namen an Dekan Goethert entrüstet feststellte – belastendes Material über ihn besorgt hatten.

Halten wir hier einen Moment inne: Wir können auf einer metatheoretischen Ebene den Hintergrund der „Spiele“ (E. Berne), die hier getrieben wurden, sehr genau verorten. *Erstens*: Die PH hatte kein Sachargument gegenüber der sie bedrohenden Integration und griff zu einem moralischen Argument, das den Vorteil hatte, ohne jede Sachargumentation den Sieg zu bringen. Doch die Mittel, derer sich die PH bediente, um dieses Ziel zu erreichen, waren problematisch und sollten nicht publik gemacht werden. *Zweitens*: Kroh und die FU-Leitung, die sich hinter ihn stellte, mußten erkennen, daß er, Kroh, in der ihm zugeordneten bildungspolitischen Führungsrolle Gefahr lief, in der Öffentlich-

keit vorgeführt zu werden, da er letztlich keine moralische Integrität besaß. Kroh hatte Grund genug sich zu scheuen, *öffentlich* über seine politische Vergangenheit zu sprechen, auch wenn er auf einen formalen Entnazifizierungsakt als Legitimation für seine Wiederverwendung verweisen konnte.

Tatsächlich hatte die Pädagogische Hochschule zunächst ihr Ziel erreicht.<sup>10</sup> Kroh zeigte Wirkung. In dem Brief an Dekan Goethert vom 14. Januar 1950 – also am gleichen Tag, an dem Dr. Richter an Stadtrat May die belastenden Zitate schickte – schrieb Kroh, daß von der PH ausgehende „Machenschaften“ bezweckten, „mich auf politischem Wege zu vernichten“. An der PH sei beschlossen worden, daß die ihn belastenden Textauszüge durch Angehörige der SPD-Studentengruppe vervielfältigt und „am 15.1. anläßlich der Tagung des kulturpolitischen Ausschusses der SPD verbreitet werden sollen“. Kroh wies im gleichen Zusammenhang darauf hin,

- daß PH-Angehörige sich mit der Ostzonen-Regierung in Verbindung gesetzt hätten, um jenes belastende Material zu erhalten, das schon der „Täglichen Rundschau“ im Januar 1949 für ihren Angriff gedient hatte;
- daß dieses Material bereits einer aus den Professoren Robert Alt, Wilhelm Heise und Heinrich Deiters bestehenden Entnazifizierungskommission vorgelegen habe, die 1948 seine Wiederverwendung an der Linden-Universität prüfte und diesbezüglich einstimmig zu einem positiven Ergebnis kam;
- daß Prof. Heise ihm, Kroh, am 20. Oktober 1948 im Auftrag der Ostzonenverwaltung „eine sehr umfangreiche Tätigkeit an der Päd. Fakultät“ angeboten habe, die er mit dem Hinweis auf dieselbe Aufforderung durch den Geschäftsführenden Rektor der FU beantwortet habe.

In dem Folgeschreiben an Goethert vom 10. März 1950 sah sich Kroh „einem Meer von Lügen und Verleumdungen“ ausgesetzt und er hob noch einmal die Zusammenarbeit zwischen PH-Mitgliedern und der ostzonalen Regierung hervor. Ob die belastende Zitatensammlung tatsächlich an den kulturpolitischen Ausschuß verteilt wurde, ist mir nicht bekannt. Ich halte dies eher für unwahrscheinlich, weil eine entsprechende Reaktion der Presse fehlt, die sich mit Gewißheit des Themas angenommen hätte. Die PH wäre durch die Aufdeckung der Herkunft der Zitatensammlung in Schwierigkeiten gekommen.

### 1.5. Der schwierige Weg bis zur Ernennung zum Ordinarius

Parallel zu diesen Auseinandersetzungen zwischen FU und PH hatte Referent Schneider in der Abteilung Volksbildung des Magistrats im Januar 1950 Exzerpte eines von Kroh gehaltenen Rundfunkvortrages über „Psychologie im Unterricht“ und die darin getroffenen Aussagen konterkariert, indem er sie Erkenntnissen aus Krohs Schriften der Jahre 1933-45 gegenüberstellte. Ich gebe

ein Beispiel: Mit überzeugender Argumentation formulierte Kroh in seinem Rundfunkvortrag am 5. Januar 1950:

In der Tat: wenn demokratische Erziehung, die den Schüler zu wachsender Selbstbestimmung und verantwortlicher Mitentscheidung führen soll, die Aufgabe unserer Zeit ist, dann geht es nicht mehr an, nur streng autoritäre Formen des Unterrichts zu pflegen. ... Der Bildungserwerb des Schülers aber, der sich auf seine Selbsttätigkeit stützt, bedeutet zugleich auch ein Zurücktreten der vordergründigen Aktivität des Lehrers. (in LAB, Mskript. Schneider, Vortrag Kroh, S. 3; Anlage z. Brief May v. 19.1.50)

In der 7.-10. Auflage seiner „Psychologie der Oberstufe“ von 1944 hatte Kroh auf den Seiten 280 und 328 noch geschrieben:

Es würde sich auch mit der dienenden Funktion, die der Nationalsozialismus der Schule gegenüber dem völkischen Leben zuweist, wenig vertragen, wenn die Schule eine zu selbst gewählten Zielen führende Rolle im Leben beanspruchen wollte. ... Darum erkennt sie auch der Persönlichkeit ihren Wert zu, verankert aber ihre Würde in der Gliedwertigkeit, die sie für die Gemeinschaft besitzt. (Mskript. Schneider, Exzerpt, S. 2)

Kommentar Schneider:

„Gliedwertigkeit“ nennt Herr Kroh sprachschöpferisch und geschämig, was *wir* zwölf Jahre lang mit Grauen, Zorn und Scham als Vergewaltigung der Persönlichkeit tragen mußten. Heute tönt Herr Kroh wieder vom Schüler als einem „selbstwertigen Subjekt“. (ebenda)

Redslob wurde von Stadtrat May daraufhin mit der sachlichen Frage konfrontiert, inwieweit in Krohs Publikationen ab 1933 NS-Gedankengut vertreten seien, dessen Äußerungen die FU schädigen könnten. Redslob räumte in seiner Antwort vom 16. Mai 1950 ein, daß dies eine „schwierige Auseinandersetzung“ sei und präsentierte dem Stadtrat seinerseits eine gutachtliche Äußerung über die politisch bedenklichsten Schriften Krohs, angefertigt „von einer außerhalb der Universität stehenden Persönlichkeit ...die Herrn Professor Dr. Kroh nicht persönlich kennt und während der Nazizeit zur Emigration gezwungen worden ist.“

Die aus sechs Aufsätzen Krohs zusammengestellten Zitate völkisch-nationalsozialistischer Herkunft wurden von dem Bearbeiter des Exzerptes jeweils nach dem folgenden Muster kommentiert: „Obige Zitate aus den ersten Absätzen (Einleitung) der Abhandlung (sind belastend), die sich sonst von nationalsozialistischen Anspielungen frei hält.“ Die Absicht, die Redslob mit diesem



Auftrag verfolgte, war klar: Kroh sollte Entlastung zuteil werden. Redslob an Stadtrat May:

Das Bild, das die Auszüge geben, ist unvollständig und daher unrichtig; in denselben Schriften findet man neben einer fehlerhaften Ideologie und einem gehorsamen Bekenntnis zum eingegliederten nationalsozialistischen Gemeinschaftsmenschen psychologische und pädagogische Äußerungen, die davon zeugen, daß der Verfasser zu den führenden wissenschaftlichen Persönlichkeiten auf den von ihm vertretenen Fachdisziplinen gehört. In allen Fällen, in denen der Verfasser nach wissenschaftlichen Erkenntnissen sucht, tritt seine eigenen Persönlichkeit stark hervor und gelangt zu selbständigen Resultaten von dauerndem Wert. (LAB: Brief Redslob v. 16.05.50)

Im Volksbildungsamt hielt man die Auszüge des Referenten Schneider für gewichtiger als den durch Redslob inaugurierten Rettungsversuch; auch dessen Ansicht, Kroh sei ab 1939 „von Nazi-Ideen bzw. Ideenlosigkeiten geheilt“ gewesen, wurde nicht geteilt – wie aus einem Schreiben der Hochschulabteilung (Gehlhoff) vom 2. Juni 1950 an Stadtrat May deutlich wird.

In der Auseinandersetzung zwischen PH und FU hatte es in der Zwischenzeit insofern eine Eskalation gegeben, als die FU im April 1950 ein Sonderheft ihrer „Mitteilungen“ zu Fragen der Lehrerbildung publizierte, das die geplante Übernahme der Lehrerbildung öffentlich durch breite Konsensbildung rechtfertigte – mit Beiträgen von Redslob (Editorial), dem Berliner Lehrerverbandsvorsitzenden Schröter, Dekan Goethert (der gegenüber der PH von dem Versuch sprach, „einzelne Mitglieder der Freien Universität durch Diskriminierung auszuschalten“), dem Sprecher der Studentenschaft, Gilbert Ziebura (der sich gegen die Einheitsfront von Magistrat und PH wandte, „die Freie Universität kaltzustellen“). Abgedruckt in diesem Heft wurden außerdem die in Kreisen der Lehrgewerkschaft gehaltenen Vorträgen von Oswald Kroh, Fritz Kanning und Friedrich Buchholz (dem dritten Vorsitzenden des Berliner Verbandes der Lehrer und Erzieher), die alle für die Übernahme der Lehrerbildung durch die FU votierten. Damit wird deutlich: Die Freie Universität hatte in der Lehrerbildungsfrage nicht nur eine geschlossene Formation von Studenten und Lehrenden innerhalb der Philosophischen Fakultät (und generell) aufzuweisen; auch die Berliner Lehrgewerkschaft stand zu ihr. Auf der anderen Seite stellte sich der Westberliner Magistrat eindeutig hinter die Pädagogische Hochschule und damit gegen die FU.

Das „Problem Kroh“ ging unter in der generellen Diskussion um die künftige Lehrerbildung in Berlin, in der die PH vor der Öffentlichkeit kaum Punkte sammeln konnte. Das veranlaßte PH-Direktor Richter am 24. Mai 1950 bei Stadtrat May zu einem Protest, daß der Senat der FU bislang keine Antwort auf die von der PH vorgebrachten „politisch-pädagogischen Bedenken“ gegenüber

Kroh gegeben habe. Richter argumentierte, durch den Vorstoß von Goethert (im erwähnten April-Sonderheft der „Mitteilungen“) sei die Pädagogische Hochschule in der Öffentlichkeit „in ein schiefes Licht geraten, da sie den Vorwurf der Diskriminierung nur durch die Veröffentlichung ihrer Bedenken zurückweisen könnte, was in Anbetracht des inneren Burgfriedens als unzulässig erscheint“. Richter bat May um Schutz „vor derart unberechtigten Vorwürfen“.

Dekan Goethert hatte nach dem Rückzug Krohs zu Beginn des Jahres 1950 selbst die kommissarische Leitung des Erziehungswissenschaftlichen Institutes übernommen. Goetherts Schachzug, mit dem von der PH inszenierten Konflikt an die Öffentlichkeit zu treten, war gut kalkuliert: Jeder Versuch einer Beweisführung und öffentlichen Rechtfertigung der Pädagogischen Hochschule mußte die Herkunft ihrer Beweisstücke aus dem Osten ans Licht bringen. Das wäre für die PH, wie gesagt, unangenehm gewesen. Der öffentliche Eklat hätte zwar die Abdankung Krohs bewirken können, aber der Skandal, zur Erreichung eines politischen Ziels mit der SED gemeinsame Sache gemacht zu haben, hätte die Pädagogische Hochschule nicht nur ihren Ruf, sondern erst recht ihre Existenz in Frage gestellt, die durch die Integrationspolitik gefährdet schien. Der Schuß wäre also nach hinten losgegangen. Deshalb sprach Richter nun sibyllinisch von einem „Burgfrieden“.

Das Problem der Berufung Krohs harpte weiterhin der Entscheidung. Am 9. Juni 1950 schrieb May an Dekan Goethert, indem er die Argumentation von Richter in Sachen „Burgfrieden“ wörtlich übernahm; May betonte:

Im Interesse des inneren Burgfriedens erscheinen mir aber derartige Auseinandersetzungen innerhalb der Berliner Hochschulkreise für wenig wünschenswert.

May monierte, daß Goetherts Vorwurf der „Diskriminierung“ nicht gerechtfertigt sei, und machte – durchaus zu Recht – darauf aufmerksam, daß die Frage, „welche Bedeutung man den politisch gefärbten Äußerungen des Herrn Prof. Kroh in seinen aus der Hitlerzeit stammenden Veröffentlichungen heute beizulegen“ habe, „ganz anderer Art“ sei. Und er machte weiter deutlich, daß es *diese* Bedenken waren, die ihn, May, bisher davon abgehalten hatten, dem Antrag der FU auf Erteilung einer ordentlichen Professur für Kroh nachzukommen.

May hatte hier in der Sache und in der Form völlig korrekt gehandelt, weshalb Goetherts Antwort vom 28. Juni 1950 die Wogen zu glätten versuchte, in der Sache aber keine Gegenargumentation fand.

An dieser Stelle unseres Rekonstruktionsversuches sei aus einem Brief Krohs an Eduard Spranger vom 26. Juni 1950 zitiert, der über seine Einschätzung der Westberliner Hochschulsituation und seine eigenen Initiativen Aufschluß gibt:

Hier sind wir mit der Festigung der Stellung der Freien Universität einige Schritte weitergekommen. Die schwere Gefahr einer Zuweisung unserer Lehramtsstudenten für 6 Semester an die Päd. Hochschule ist durch unseren radikalen Gegenvorschlag abgewehrt, und die Absicht der westberliner Hochschulverwaltung, die „fünf Universitäten Westberlins“ (FU, TU, Hochsch.f.Musik, H.d.bildenden Künste und Päd. Hochschule) mit gleichartigen Statuten und Organisationsformen zu beglücken und dann zu einer „universitas litt.“ zusammenzukoppeln, ist auf heftige Gegenwirkung gestossen. Ich habe in diesen Auseinandersetzungen das ungeteilte Vertrauen der Freien Universität dankbar empfunden, wenig erfreulich waren freilich die Kampf-formen der Gegner, die aus der Päd. Hochschule mit ihren mehr als 100 Dozenten am liebsten eine päd. Fakultät gemacht hätten.

Das Erziehungswissenschaftliche Institut, das hier aus der Kampfsituation heraus mehr als sonst üblich sichtbar gemacht werden musste, ist nun trotz grösster Schwierigkeiten arbeitsfähig geworden. Für die Psychologie, die vorläufig in einigen Räumen Unterschlupf fand, steht seit neuestem ein geeignetes Gebäude zur Verfügung, das freilich noch einzurichten ist – bei unserer chronischen Finanzmisere eine Aufgabe, die nicht weniger schwierig ist. Immerhin darf ich mich freuen, zwei Fächern zu einem aktiven Dasein verholfen zu haben. Ohne die entschiedene Unterstützung aller Stellen der Universität wäre das nicht möglich gewesen. (BAK: N 1182, Spranger /211)

Daß die Sichtweise Krohs, die er an Spranger vermittelte, vom Interesse geleitet war, einen guten Eindruck von der eigenen Position zu vermitteln, ist verständlich. Am 4. September 1950 zog die Freie Universität den Erweiterungsantrag bezüglich des Doppelordinariats in einem Schreiben an den Magistrat zurück; aufrechterhalten wurde nur noch der Antrag zur Berufung Krohs auf das Ordinariat für Psychologie. Damit stand Kroh nicht mehr direkt in der Schußlinie der PH-Kritik.

Im Oktober 1950 brachte die Abteilung Volksbildung endlich das leidige Thema der Kroh-Berufung vom Tisch. Mit Datum vom 20.10.50 erstellte Reinhard einen Sachstandsbericht. Hier wurde noch einmal unmißverständlich festgestellt, „dass Herr Prof. Kroh in besonders hervorstechendem Masse sich für die Ideen des Nationalsozialismus einsetzte“ und sich daraus die bisherigen Bedenken seiner endgültigen Berufung erklären. Weiter hieß es:

Andererseits muss zugegeben werden, dass Herr Prof. Kroh auf seinem Fachgebiet der Psychologie einer der wenigen namhaften Wissenschaftler ist, die heute in Deutschland leben. Seine wissenschaftliche Tätigkeit dürfte für die heranwachsende Generation von besonderer Bedeutung sein.

Am 24. Oktober 1950, anderthalb Monate vor seinem 63. Geburtstag, erhielt Kroh durch ein persönliches Schreiben von Stadtrat May folgende Mitteilung:

Sehr geehrter Herr Professor!

Hiermit berufe ich Sie zum Ordinarius für Psychologie an die Freie Universität Berlin mit Wirkung vom 1. Oktober 1950. In Ihrem und im Interesse der Freien Universität wünsche ich Ihnen für Ihre Arbeit vollen Erfolg.

Daß May diesen Schritt in einer Zwangslage vollzog und die Ernennung ungern aussprach, deutet der kühle Ton seines Schreibens an: Der übliche Glückwunsch unterblieb, und der Erfolg, den er Kroh wünschte, bezog sich primär auf dessen eigenes Interesse und das der FU.<sup>11</sup>

*Fazit:* Der Vorwurf, Kroh sei als ehemaliger Nazi von den „Westberliner Frontstadtpolitikern“ mit offenen Armen empfangen und an der „Faschistenhochburg“ FU sofort zum Professor ernannt worden, trifft nicht zu.

Ein in unserer Darstellung zutage getretener Widerspruch bedarf allerdings der Aufklärung: Die Ostpresse unterstellte – siehe oben –, Kroh sei vor seiner Tätigkeit an der FU von der Linden- bzw. Humboldt-Universität wegen seiner NS-Vergangenheit abgelehnt worden. Kroh dagegen behauptete, der Dekan der Pädagogischen Fakultät, Prof. Heise, habe ihm im Herbst 1948 ein Angebot zur Wiederaufnahme seiner Dienstgeschäfte gemacht. In diesem Zusammenhang stellen sich weitere Fragen: Welche Aktionen unternahm Kroh ab dem zweiten Halbjahr 1945, um an seiner ehemaligen Wirkungsstätte, der Berliner Universität, weiter lehren zu können? In welchem Maße wurde er von Fakultätskollegen und von der Universitätsleitung unterstützt bzw. kritisch eingeschätzt? Wie wurden seine NS-Belastung und die Möglichkeit der Wiederverwendung von der sowjetzonalen Zentralverwaltung für Volksbildung (Präsident: Paul Wandel) als der vorgesetzten Dienststelle beurteilt?

Wir werden im zweiten Abschnitt unserer Untersuchung sehen, daß es zwischen Ost- und Westberlin bezüglich einer möglichen Wiederverwendung Krohs an der Universität erstaunliche Parallelen der Einschätzung und der Vorgehensweisen bei den Verantwortlichen gab. Das Bild von der moralisch aufrechten Antifaschismusfront im Osten Deutschlands, die ehemalige Nationalsozialisten ihrem gebührenden Schicksal zuführte, und dem von ehemaligen Nazis durchsetzten Westen, in dem „alte Kameraden“ fröhliches Wiedersehen feierten, ist eine Geschichtslegende (vgl. Kittel 1993). Zur Erschütterung dieser These vermag der „Fall Kroh“ beizutragen.

## 2. Die Vorgeschichte: Bemühungen um Krohs Wiederverwendung an der Berliner Universität 1945-48

### 2.1. Überlebensversuche – Entlassung – Bemühungen um Wiedereinstellung

Eine briefliche Anfrage Krohs vom 28. August 1945 an den Dekan der Philosophischen Fakultät der Berliner Universität, Deubner, ob er kommissarisch als Leiter des Psychologischen Institutes zugelassen sei, wurde von diesem am 4. September 1945 positiv beantwortet.<sup>12</sup> Weiterer Schriftwechsel Krohs in jenen Wochen betrifft organisatorische Fragen (Räumlichkeiten, Zeiten) des wieder aufzunehmenden Lehrbetriebes. Ein „Persönlicher Fragebogen“ („Auf alle Fragen sind gewissenhafte und klare Antworten zu geben“), den Kroh ausfüllte und mit Datum vom 10. Oktober 1945 unterschrieb, enthielt die Frage: „Sind Sie oder Ihre Familienangehörigen von der Hitler-Regierung wegen der politischen Einstellung verfolgt, gemäßregelt oder bestraft worden?“ Kroh antwortete: „Ich selbst, wiederholt gerügt, seitens der NSDAP seit 1937 verfolgt“. Das stimmte – im Vergleich zur Situation der tatsächlich Verfolgten im NS-Staat – nicht ganz. Kroh hatte zwar ab 1937 einen schweren Konflikt mit seinem ehemaligen Lehrer und Doktorvater Erich Jaensch, dessen Anschwärmungen beim Berliner Gaudozentenführer Willing die schon länger geplante Berufung Krohs nach Berlin verzögerte, aber er wurde weder gemäßregelt, noch verfolgt, noch bestraft, sondern durch das Reichserziehungsministerium mit Schreiben vom 7. April 1942 voll rehabilitiert: Alle gegen ihn erhobenen Vorwürfe hatten sich „nach Prüfung als völlig unbegründet erwiesen“ (HUB: PA Kroh, Bd. 1, Bl. 13).

Unter der Überschrift „Kommissarisch zugelassene Lehrkräfte der *Philosophischen Fakultät* der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin“ wurde ein von Rektor Stroux und Dekan Deubner unterzeichnetes Papier angefertigt (ohne Datum), das der Wiederverwendung Krohs als Direktor des Psychologischen Instituts dienen sollte. Zur „politischen Bewertung“ hieß es in dem Papier unter anderem:

Kroh ist der Partei beigetreten, weil viele seiner vom nationalsozialistischen Kultusminister Mergenthaler angegriffenen Schüler und die um das Schicksal ihres bei den Nationalsozialistischen unbeliebten Faches besorgten Mitglieder der „Gesellschaft für Psychologie“ ihn darum baten, auch weil er auf diesem Wege Angriffen wegen Judenfreundschaft ausweichen wollte. Auch hoffte er, durch seinen Beitritt schädlichen Entwicklungen entgegenwirken zu können. (HUB: PA Kroh, Bd. 3, Bl. 18)

Freisprechungsversuche dieser Art, die auf den Selbstzuweisungen der Beurteilten beruhten und von den begutachtenden Professorenkollegen dann als bare

Münze ausgegeben wurden, waren nach Kriegsende in Hochschulkreisen – wenn nicht äußerst gravierende politische Vorkommnisse dies verboten – keineswegs ungewöhnlich, sondern eher die Regel.

Der etwa gleichzeitig ausgesprochenen Aufforderung an alle Professoren, eine Darstellung ihrer bisherigen wissenschaftlichen Tätigkeit zu geben, kam Kroh nach mit einem auf vier Blättern maschinengeschriebenen Bericht vom 19.11.45, der – auch in der gewählten Begrifflichkeit – keinerlei Rückschlüsse auf politische Einstellungen oder Aktivitäten vergangener Zeiten enthält (ebenda, Bl. 29 f.).

Durch Schreiben des Rektors vom 29. Dezember 1945 schied Kroh im Zuge der Entlassung aller ehemaligen Mitglieder der NSDAP „mit sofortiger Kündigung“ aus seinem Amt. Er war ohne berufliche Tätigkeit und ohne Einkommen. Am 28. Januar 1946 bat Kroh den Dekan brieflich, „die Zuerkennung eines Forschungsstipendiums an mich befürworten zu wollen“. Kroh nannte als Thema „Erziehung durch Arbeit“ im Zusammenhang einer vergleichenden psychologischen Studie. Das wurde von der DZV zunächst abgelehnt, später aber genehmigt.

Im Herbst 1946 erhielt Kroh in seinen Bemühungen um Wiederverwendung verstärkte Unterstützung vom Rektor und von der Philosophischen Fakultät. Am 13. September 1946 hatte der stellvertretende Dekan, Hartung, über den Rektor an die DZV den „Antrag auf Wiedenzulassung des Prof. Kroh zur Lehrtätigkeit in der Philosophischen Fakultät“ gestellt: Kroh sei „in seine frühere Stellung als Inhaber des Lehrstuhls für ‚Psychologie‘ einzusetzen“. Er sei zwar 1933 der NSDAP beigetreten, eine dem Antrag beigefügte „Erklärung über Verhältnis zur NSDAP“ und weitere Zeugnisse ließen jedoch „deutlich erkennen, daß er sich der Partei ohne innere Anteilnahme lediglich aus Nachgiebigkeit gegen den in einer Kleinstadt wie Tübingen besonders fühlbaren Druck angeschlossen“ habe.

Wiederum wurden entlastungsdienliche Sätze aus Krohs eigener Feder (sie stammten aus seiner „Erklärung“) als Wahrheitsbeweis gehandelt. Prof. Hartung fügte listig hinzu, daß nach dem Weggang Wolfgang Köhlers aus Berlin (der berühmte Gestaltpsychologe, der dem NS mutig die Stirn bot, emigrierte 1935 in die USA) dem Wunsch der Fakultät, Kroh zu berufen, „wegen Einspruchs der NSDAP“ nicht nachgekommen werden konnte.

Es wäre für die Fakultät ein empfindlicher Verlust, wenn sie Prof. Kroh, nachdem sie jahrelang wegen des Einspruchs der NSDAP auf ihn hat warten müssen, jetzt wegen der formalen Zugehörigkeit zur Partei verlieren würde, denn er gehört zu den führenden Gelehrten seines Faches und erscheint wegen seiner praktischen Erfahrungen im Schuldienst, aus dem er hervorgegangen ist, besonders geeignet, das Fach in

der heutigen Zeit zu vertreten, wo ihm durch die Errichtung einer Pädagogischen Fakultät neue wichtige Aufgaben zuwachsen. (ebenda, Bl. 51)

Vielleicht ist es für die weiteren Ereignisse nicht unwichtig zu wissen, daß in dem Karussell der Berufsungslisten der Jahre 1937-41 für den verwaisten Berliner Psychologielehrstuhl neben Kroh einmal auch – im Rahmen eines Einervorschlages – Kurt Gottschaldt (1902-1991) stand, der dann aber doch nicht berufen wurde.

## **2.2. Blicke nach Westdeutschland**

Kroh besuchte im August 1946 seinen Kollegen v. Allesch in Göttingen. Außerdem machte er einen Abstecher in seine westfälische Heimat. An Spranger, der nach seinem Weggang aus Berlin seit dem Sommersemester in Tübingen lehrte, schrieb er am 11. August 1946 aus Berleburg:

Ich bin vor ein paar Tagen über die grüne Grenze gegangen, um wieder einmal nach meinen lieben guten Eltern zu sehen. In Göttingen, wo ich zunächst Station machte, legte mir Koll. von Allesch nahe, mich im Westen zu etablieren. Er dachte dabei in erster Linie an Hamburg, das nach Ihrer Entscheidung<sup>13</sup> vor neuen Entschlüssen stehe, in zweiter Linie an eine nicht beamtete Funktion in Göttingen.

Da ich mich nicht entschließen konnte, in Hbg. selbst einleitende Schritte zu übernehmen, wollte Herr v.A. selbst dort vorfühlen. Er meinte jedoch, bei seinen geringen persönlichen Verbindungen nach Hbg. sei es erwünscht, wenn sein Plan von universitären Stellen aus gefördert werde. Die Entnazifizierung dürfe, so glaube er, im brit. Sektor reibungslos verlaufen.

Falls Sie überzeugt sind, daß ich für Hbg. in Frage gezogen werden könnte, wage ich Sie zu bitten, sich für mich einzusetzen, sofern Sie dazu Gelegenheit haben sollten. Nur das so treu fürsorgende Wohlwollen, das Sie mir stets und uneingeschränkt bewiesen haben, ermutigt mich dazu, Ihnen meine Bitte vorzutragen. Die andere Luft des Westens habe ich in Göttingen so stimulierend erlebt, daß ich mich entschloß, aus der Reserve herauszutreten, die ich sonst bei der Vertretung persönlicher Wünsche für geboten hielt. – Wie Ihre Entscheidung aber auch ausfällt, meiner dankbarsten Verehrung bitte ich Sie in jedem Fall gewiß zu sein. [...] (BAK: N 1182/211)

Auch Kroh suchte, wie viele andere seiner Kollegen in der SBZ, die Fühler nach Westdeutschland auszustrecken. Wie aussichtslos dabei die Situation für ihn war, einen Ruf zu erhalten, verdeutlicht ein Blick in die Senatsakten der Universität Tübingen. Dort war schon im Frühjahr 1946 das von 1939 bis Kriegsende von dem Kroh-Schüler Gerhard Pfahler wahrgenommene Ordinariat für Pädagogik neu zu besetzen. Doch der Listenvorschlag (Weniger, Bollnow, Wenke) vom März 1946 konnte nicht realisiert werden. Am 16. Dezember 1946

unterbreitete die Philosophische Fakultät eine zweite Liste mit Litt, Flitner, Wenke. Eduard Spranger hatte das Gutachten für den Senat erstellt, das mit den Sätzen begann:

Der Lehrstuhl für Pädagogik ist in Tübingen eine Zeitlang mit dem für Psychologie in Personalunion verbunden gewesen. Der Fakultät ist es leider nicht möglich, einen Gelehrten zu nennen, der dieses System fortsetzen könnte. Auch muss gegenwärtig bei den Erwägungen über die pädagogische Professur der Hauptton auf die ethische Seite gelegt werden. Die Frage der Besetzung des Lehrstuhls für Psychologie bleibt also bei den folgenden Vorschlägen unberührt... [Es] bleiben von den politisch nicht belasteten Ordinarien der Pädagogik an deutschen Universitäten nur Theodor Litt, Wilhelm Flitner und Hans Wenke übrig. (UAT: 205/69)

Aber auch durch diese Liste kam es zu keiner Berufung. Am 14. Dezember 1946 hatte der Dekan der Philosophischen Fakultät der Universität Tübingen an den zuständigen Ministerialrat Dr. Rupp, Landesdirektion für Kultus, Erziehung und Kunst, in gleicher Angelegenheit geschrieben; aus diesem Schreiben wird der Hintergrund der Diskussion um Krohs mögliche Berufung deutlich, für die sich insbesondere Ernst Kretschmer einsetzte; als Mitglied der Medizinischen Fakultät hatte Kretschmer allerdings kaum Einfluß auf den Berufungsvorgang. In dem Schreiben des Dekans an Ministerialrat Dr. Rupp heißt es:

Die Fakultät hat sich weiter mit der Frage der Pädagogischen Professur beschäftigt. Ein Referat des Herrn Spranger stellte fest, daß geeignete Persönlichkeiten für die Fachkombination Pädagogik plus Psychologie im Augenblick nicht verfügbar seien. Im letzten Moment aber war mir durch Professor Kretschmer ein Hinweis auf unsern früheren Kollegen *Kroh* gegeben worden. *Er* würde die gewünschte Fächerverbindung ja besser als jeder andere darstellen, wir sind nur bisher der Meinung gewesen, seine politische Belastung (Pg seit 1933) verbiete jede Nennung. Hier nun hat mich Prof. Kretschmer verständigt, daß er dem entschlossenen und sachlichen Eintreten des Herrn Kroh für ihn selbst in den Jahren 1938-42 sehr viel verdanke und bei ihm öfter Schutz vor den nazistischen Machthabern gefunden habe. Er hält es für möglich, daß durch diese Betätigung des Herrn Kroh die politische Belastung weithin wettgemacht wird. Ich habe ihn gebeten, eine ausführliche Darstellung dieser Geschehnisse einzureichen, die Ihnen alsbald zugänglich gemacht werden soll. Ich bitte Sie alsdann abwägen zu wollen, ob Herr Kroh doch vielleicht für die hiesige Professur ins Auge gefaßt werden kann. Die Fakultät, wie auch insbesondere Herr Spranger, wären dafür durchaus zu haben und kennen Herrn Kroh gegenüber keine anderen Bedenken als eben die politischen. (SAS: Wü 80, 1003, Kroh)

Der dritte Vorschlag der Universität Tübingen an die Kultusbehörde stammte vom 14. Juni 1947, diesmal eine Zweierliste mit den Namen Flitner und Wenke.



Wiederum war im ersten Absatz des Berichts von Kroh unausgesprochen die Rede:

Bei der Wiederbesetzung des Lehrstuhl für Pädagogik ist der Kreis der in Betracht kommenden Persönlichkeiten heute ein ausserordentlich kleiner; für das Fach der Psychologie kann überhaupt kein Name genannt werden, bei dem nicht irgend eine politische Belastung mit in Kauf genommen werden müsste. Dieser Umstand und die Erinnerung daran, dass ein früherer Inhaber der hiesigen pädagogischen Professur in der Lage war, das Fach der Pädagogik und das der Psychologie (auch nach ihrer experimentellen Seite) gleichzeitig zu vertreten, hat die Philos. Fakultät veranlasst, zunächst zu erwägen, ob nicht eben diese Persönlichkeit für Tübingen wieder zu gewinnen wäre. Die Tatsache aber, dass auch bei ihr die politische Entlastung immer noch aussteht, musste als ein Hindernis angesehen werden, das augenblicklich nicht überwunden werden kann. (UAT: 205/69)

Soweit der Ausblick nach Westdeutschland. Rektor Stroux schrieb am 30. September 1946 an die DZV, daß zwar „gewisse Bedenken gegen Prof. Dr. Kroh bestehen, aber um erneute Prüfung des Antrages gebeten wird, da das Fach Psychologie so wichtig erscheine und einen so großen Aufgabenkreis zu erfüllen habe, „daß auch nach der Bestellung von Prof. Gottschaldt und der Einrichtung des von ihm geplanten Instituts auf die Mitarbeit eines Psychologen innerhalb der Philosophischen Fakultät nicht verzichtet werden könnte“ (ebenda, Bl. 15). Kroh wurde von DZV-Vizepräsident Prof. Brugsch dahin beschieden, er möge sich entnazifizieren lassen: „Nach erfolgter Rehabilitierung würde, nach Rücksprache mit dem Rektor der Universität, seiner Verwendung nichts mehr im Wege stehen“ – wie eine Aktennotiz vom 16.10.46 besagte (HUB: PA Kroh, Bd. 3, Bl. 16).

### **2.3. Ablehnende Gutachten und Krohs Versuche der Selbstentlastung**

Prof. Rompe, Leiter der Abteilung Wissenschaft und Hochschulen in der DZV (im Schriftverkehr meist als Abt. „W“ bezeichnet), antwortete dem Rektor in der Angelegenheit Kroh am 16. Dezember 1946, indem er darauf hinwies, daß ein „förmliches Entlastungsverfahren“ notwendig sei, bevor dem Antrag auf Wiedenzulassung Krohs als Hochschullehrer nähergetreten werden könne. Er beauftragte Prof. Gottschaldt zu einem Gutachten.

Mit der Gründung der Pädagogischen Fakultät an der Berliner Universität am 1. September 1946 war Kurt Gottschaldt zum Professor mit vollem Lehrauftrag als Leiter des – neu aufzubauenden – Psychologischen Instituts ernannt worden.

Außer Gottschaldt wurden auch Deiters, Heise (Pädagogik) und Liebert (Philosophie) als Professoren und Institutsleiter an die neugegründete Fakultät berufen.

Gottschaldt, der sich während des Dritten Reiches des Schutzes eines politisch einflußreichen Mentors, des Genetikers Eugen Fischer erfreute, aber unverdächtig war, sich mit der NS-Ideologie eingelassen zu haben (vgl. Ash 1995), kam der Aufforderung, Kroh zu begutachten, am 28. November 1946 nach. Sein Urteil war negativ.<sup>14</sup> Gottschaldt übte sowohl fachpsychologische Kritik an Kroh – kein „Mann der psychologischen Forschung im eigentlichen Sinne“ – als auch Kritik an der „Neigung zu einer mehr oder weniger ausgesprochenen Nazi-Ideologie“, die seine Psychologie ab 1933 kennzeichnete. Der DZV-Sachbearbeiter, der das Gutachten abzeichnete, vermerkte denn auch handschriftlich: „[Kroh] kommt für eine Berufung nicht in Frage“ (ebenda, S. 9-11).

Ein Mitarbeiter Gottschaldts, Dr. Ernst Lau, gab auf Wunsch von Rompe am 14. Dezember 1946 ein Ergänzungsgutachten über Kroh ab, das im Duktus identisch mit Gottschaldts Ausführungen ist:

Man steht vor der peinlichen Tatsache, daß Kroh durch Anbiederei an die nationalsozialistischen Führer zweifellos seine Karriere verbessert hat und zu einer Stellung gelangt ist, zu der er wohl auf Grund seiner gewiß guten, aber nicht gerade hervorragenden Leistungen sonst nicht gelangt wäre. (ebenda, Bl. 1)

Die Behauptung, daß Kroh die Berufungen nach München und dann weiter nach Berlin nur seiner politischen Hörigkeit, nicht aber fachlicher Kompetenz verdanke, ist ein gezielter Schlag, mit dem jemand getroffen werden sollte, der am Boden lag und keinesfalls wieder aufstehen durfte. Da Kroh bereits vor Hitlers Machtergreifung in Tübingen einen großen Schülerkreis hatte und er zwei Rufe ablehnte (1931 an die TH Braunschweig und an die TH Dresden<sup>15</sup>), spricht einiges gegen die Behauptung von Lau. Gottschaldts Vorwurf, daß Kroh in seiner Forschung im Grunde kaum Neuland betreten habe, sondern eher aus der Fähigkeit Gewinn zog, Bekanntes einsichtig zu strukturieren, dabei aber die *internationale* Forschung zu wenig berücksichtigte, trifft in einem gewissen Sinne zu. Im Grunde gilt dies jedoch erst ab 1933 als Folge der Selbstisolation des völkisch-nationalsozialistischen Wissenschaftsverständnisses, dem sich Kroh zuwandte.

Krohs auf acht Seiten niedergelegte maschinenschriftliche „Erklärung über Verhältnis zur NSDAP“ war ein denkwürdiges Gespinnst aus Dichtung und Wahrheit, dessen Überprüfung und Kommentierung eine eigene Abhandlung verdient. Schon dadurch, daß Kroh in der Überschrift die sprachlich korrekte

Ausdrucksweise „*mein* Verhältnis zur NSDAP“ vermied und eine Datumsangabe fehlte, mußte der aufmerksame Leser des Papiers stutzig werden. Vermutlich wurde das Papier im August oder Anfang September 1946 abgefaßt. Die Ausführungen widersprechen in einigen entscheidenden Punkten sowohl dem Tenor der nationalsozialistisch gefärbten Veröffentlichungen Krohs als auch einigen von ihm in Personalbögen zwischen 1933 und 1944 eingetragenen Angaben.

Ganz besonders machte Kroh eine Veröffentlichung zu schaffen, die auf einen 1937 gehaltenen Vortrag zurückging und kaum steigerungsfähige Aussagen im Sinne der NS-Ideologie und der Verherrlichung Hitlers enthielt (vgl. Kroh 1937), etwa:

Es ist das Verdienst des Führers und seiner Bewegung, dem ganzen deutschen Volk eine neue Mitte und mit ihr einen verbindenden Standpunkt zu allen Gebieten des Lebens wiedergegeben zu haben. Darum ist auch das Menschenbild des Nationalsozialismus für die Erkenntnis seiner Leistung und seines Wollens von entscheidender Bedeutung. [...] In dem Anruf an die rassische Urkraft lag zugleich der zwingende Hinweis auf die blutsmäßige Verbundenheit der Menschen des eigenen Volkstums. Mochten sie auch aus verschiedenen Rassen hervorgegangen sein, daß in jedem deutschen Menschen Blut flösse von jenen Herrenrassen, die die Kultur geschaffen und das politische und wirtschaftliche Gesicht der abendländischen Welt geprägt haben, das mußte in jedem Deutschen zum Erlebnis kommen.

Der Text, aus dem diese Sätze stammen („Vom kulturpolitischen Wollen deutscher Gegenwart“), wurde 1947 in der DZV bekannt; er war ebenso Bestandteil jener Auszüge, die Referent Schneider 1950 in der Abteilung für Volksbildung des Magistrats von Groß-Berlin (Westberlin) anfertigte, und stellte schließlich auch die „Munition“ dar, mit der die Pädagogische Hochschule Berlin Kroh und die FU attackierte. Die um Entlastung bemühten Erklärungsversuche Krohs für das Zustandekommen dieses Textes sind nicht überzeugend und erscheinen gegenüber einem möglichen Schuldeingeständnis eher als moralische Verschlimmbesserung seiner Situation.

Einzig und allein die Tatsache, daß Kroh im Zusammenhang seiner „Erklärung“ eine Reihe Persönlichkeiten und Kollegen präsentieren konnte, die im Dritten Reich aus politischen Gründen verfolgt oder benachteiligt wurden und die durch eidesstattliche Erklärungen versicherten, seine Hilfe erfahren zu haben, hatte Gewicht. Zu denen, die für Kroh eintraten und ihm ein auch charakterlich-menschlich hervorragendes Zeugnis ausstellten, gehörten bekannte Kollegen wie

- der aus politischen Gründen zu einer mehrjährigen Zuchthausstrafe verurteilte Psychologe Heinrich Düker;

- der in Braunschweig 1933 wegen SPD-Mitgliedschaft entlassene Mediziner und Psychologe Helmut v. Bracken;
- der vom Gauleiter Gerland bedrohte (mit Kroh seit den zwanziger Jahren gut bekannte) Psychiater Ernst Kretschmer;
- der Psychologe Johannes von Allesch.

Auch Theodor Litt (noch in Leipzig, wenig später in Bonn lehrend) ließ über einen Dritten (Bruno Erhardt) aussagen, daß er die Wiedereinstellung Krohs „auf das Wärmste“ befürworte.

Diese Seite der Persönlichkeit Krohs, die mit seinen nationalsozialistischen Bekenntnissen keineswegs in Übereinstimmung zu bringen ist, sollte man nicht übergehen. Die Zeugen, die seine Hilfsbereitschaft gegenüber Regimegegnern konstatierten, sind glaubhaft. Es kommen andere Fakten hinzu: Wenn Kroh den 1933 aus rassistischen Gründen entlassenen Jenaer Psychologiekollegen Wilhelm Peters auf dem Tübinger Psychologenkongreß 1934 ausdrücklich für seine Leistungen in der Genetik hervorhob (was im Kongreßbericht von 1935 auch gedruckt wurde, vgl. Kroh 1935b), dann war das schon außergewöhnlich und nicht risikofrei. Das verheerende Gutachten von Erich Jaensch über Kroh vom 9. Juli 1937 (HUB: PA Köhler<sup>16</sup>), das er dem Berliner Gaudozentenführer zusandte, erhob – abgesehen von der Unterstellung des „Konjunkturrittertums“ – genau dies zur Anklage: daß Kroh mit Kritikern der Rassetheorie und des NS-Staates (hier nannte Jaensch Spranger und Kretschmer<sup>17</sup>), mit Juden (hier nannte er Wilhelm Peters), und mit Marxisten (hier nannte er August Riekel<sup>18</sup>) gemeinsame Sache machte. Daß Kroh auch Lehrveranstaltungen über „Rassenseelenkunde“ hielt und in seiner „Entwicklungspsychologie des Grundschulkindes als Grundlage völkischer Jugenderziehung“ vom „Ausmerzen des Nichtartgemäßen“ sprach (vgl. Kroh 1935a, S. 17), hatte Jaensch vermutlich übersehen! Jedenfalls formulierte Kroh als Antwort auf die „Verleumdung“ Schriftsätze, die nun erst recht seine Gesinnungstreue zum NS belegen sollten.

Kroh erlitt in der Zeit 1937-1940 durch das Jaensch-Gutachten weniger Schaden als nach 1945 durch jene Rechtfertigungsversuche, die er unternahm, um gegenüber dem Denunziationsversuch Jaenschs die Untadeligkeit seiner nationalsozialistischen Haltung zu beweisen; seine Personalakte enthält diese Dokumente (BAB: R-2/976 Bl. 214 ff.). Der Chef der DZV-Personalabteilung, Lehmann, fertigte nach gründlichem Aktenstudium am 7. Februar 1948 eine „Charakteristik“ über Kroh an, die ein vernichtendes Urteil beinhalten sollte:

Prof. Kroh ist ein krasser Fragebogenfälscher und langjähriger treuer Diener des Nationalsozialismus. [...] Zusammenfassend sei gesagt, daß Prof. Dr. Kroh unter die Aktivisten und nationalsozialist. Ideologen einzureihen und für uns nicht geeignet ist. (BAB: R-2/976, Bl. 41 R.)

Für die DZV hatte die Auswertung der Schriften Krohs und seiner Personalunterlagen beim ehemaligen Reichserziehungsministerium wesentlich größeres Gewicht als die „Freisprechungen“ Krohs durch Kollegen. Aus Publikationen und Personalakten ging hervor, daß Kroh sich nicht nur oberflächlich in die Sprachgepflogenheiten des Nationalsozialismus eingelassen hatte, sondern auch standespolitische Funktionen wahrnahm, z.B. als Verbindungsmann der Deutschen Gesellschaft für Psychologie zum Amt Rosenberg (Abteilung Verbände).<sup>19</sup> Die berufsständischen Aktivitäten betrafen etwa seine Bemühungen um die Etablierung der Wehrmachtpsychologie (die in höchsten Partei- und Offizierskreisen nicht ungeteilt Anerkennung fand und 1942 in Heer und Luftwaffe aufgelöst wurde; vgl. Geuter 1984, S. 390 ff.); die Einflußnahme der Deutschen Gesellschaft für Psychologie auf neue (kriegsbedingte) Aufgaben für Psychologen, betraf nicht zuletzt die Durchsetzung der neu geschaffenen Diplomprüfungsordnung gegen den Widerstand von politisch einflußreichen Psychiatern sowie Max de Crinis und Ernst Rüdin und gegen die Opposition von Prof. Moede („Verband der deutschen praktischen Psychologen“).

Daß Kroh auf Grund einer während des Krieges (1940) durchgeführten Vortragsreise in „verbündete“ deutschfreundliche Gebiete Südosteuropas ein „ausenpolitischer Agent“ gewesen sein soll, wie der Chef der DZV-Personalabteilung in seiner „Charakteristik“ meinte, ist vermutlich Unsinn; der Verdacht wurde aber von Kroh insofern selbst verursacht, als er in den Personalbogen anläßlich der Berufung nach Berlin (1942) unter der Rubrik „Politische Betätigung“ eingetragen hatte: „Seit 1933 vielfach als Redner eingesetzt“ und „1940 im polit. Auftrag in Bulgarien, Griechenland u. Ungarn“. Es handelte sich um eine Vortragsreise an Universitäten und um den Besuch deutscher Schulen, eine Reise, die Kroh in einem Bericht ausführlich dokumentiert hatte.

Ungleich problematischer war die Ausdehnung der Arbeitsgebiete des neuen psychologischen Berufsstandes auf Gebiete der rassischen Selektion, wie sie in Polen zur „Eindeutschung“ polnischer Kinder für den „Verein Lebensborn e. V.“ praktiziert wurden. Geuter (1984, S. 410 ff.) deutete an, daß die ihm vorliegenden Dokumente nicht ausreichten, die Teilnahme deutscher Psychologen an nationalsozialistischen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu belegen. Daß diese Teilnahme mehr als wahrscheinlich war und Kroh hierbei indirekt eine Rolle spielte, geht hervor aus einem Bericht einer ehemaligen NSV-Mitarbeiterin, Knies, die 1947 gegenüber der DVZ die Psychologin Hildegard Hetzer stark belastete<sup>20</sup>, nachdem ihr bekannt geworden war, daß die DZV Frau Hetzer in ihre Dienste nehmen wollte. In einem als Abschrift vorliegenden Brief von Hetzer an Knies vom 8. Februar 1942 heißt es:

Ich gehe am 1.3. nach Brockau [— unleserlich —] 100 km von Posen, wo das Beobachtungsheim für die neu zu deutschen Kinder eingerichtet wird. Die psychologische Untersuchung erfolgt im persönlichen Auftrage des Reichsführers SS, was u.a. Kroh sehr ernst nimmt, weil das eine grosse Chance für die ganze Psychologenschaft bedeutet. Das Material soll wissenschaftlich bearbeitet werden im Hinblick auf von [= *recte* ein; H.R.] nach dem Kriege zu errichtendes Institut der Posener Universität. In 6 Wochen sind etwa 50 Kinder zu erledigen, im Hinblick auf Untersuchungsmittel kann man aus dem Vollen schöpfen. ... Eine Assistentenstelle ist vorgesehen, die gut bezahlt wird, so dass man sich etwas ersparen können. Ich habe von Kroh sofort eine Bewerberin für die Stelle vorgeschlagen bekommen, zwei weitere stehen im Hintergrund. [...] (BAB: R-2/976, Bl. 37)

Aus einem vertraulichen Bericht einer Informantin, der sich in Krohs DZV-Personalakte befindet, geht hervor, daß Kroh im Januar 1947 versucht habe, Frl. Knies unter Druck zu setzen, damit sie die gegenüber der DZV gemachten, Frau Hetzer belastenden Angaben zurücknehmen möge; dasselbe habe eine Woche später ein DZV-Sachbearbeiter versucht (ebenda, Bl. 38).

Im Protokoll der Sitzung der Pädagogischen Fakultät am 11.12.1947 heißt es: „Es liegt ein Vorschlag vor, Herrn Kroh einen Lehrauftrag zu erteilen“ (HUB: Päd. Fak. 1/67, Bl. 494). Der Vorschlag, so ist zu vermuten, stammte von Heise, der seit November 1946 Dekan war und sich in den folgenden Monaten zielstrebig für Krohs Wiederverwendung einsetzte. Zu dem zitierten Vorschlag sind im Protokoll die Stellungnahmen von Gottschaldt und Heise vermerkt: Gottschaldt schätzte Kroh im Kreis der Fakultätskollegen als „fachlich gut geeignet“ ein, betonte allerdings gleichzeitig, daß er „politisch belastet“ sei. Deiters schlug vor, Kroh möge veranlaßt werden, eine größere wissenschaftliche Arbeit vorzulegen, aus der seine Qualifikation auch unter den neuen Gegebenheiten erkennbar werde.

#### **2.4. Auseinandersetzungen zwischen DZV und Universität um die Wiederberufung Krohs**

Mit dem negativen Urteil der DZV-Personalabteilung vom 7. Februar 1948 war Kroh noch nicht völlig im Abseits. Er hatte Verbindungen zum „Volk und Wissen Verlag“; unter falschem Namen (Hermann Dreisbach) erschien ein Aufsatz von ihm 1947 in der Zeitschrift „pädagogik“ über das Intelligenzprüfungswesen, ferner 1948 – diesmal unter dem Namen Harald Sorkow – ein Artikel „Vom Lehrer der Lernanfänger“ in der Zeitschrift „Die neue Schule“.<sup>21</sup> Im gleichen Jahr folgten in der „pädagogik“ die Abhandlungen „Zur Psychologie des Schulanfängers“ und „Zur Pädagogik des Schulanfangs“, jetzt wieder unter dem eigenen Namen.

Es gab dringenden Bedarf an fachlich qualifizierter Information zu einer Fülle drängender pädagogisch-psychologischer Fragen. Kroh war *der* Fachmann, der dem darniederliegenden Schulwesen und den aufzubauenden sozialpädagogischen Institutionen in der SBZ tatkräftige pädagogische Hilfe zuteil werden lassen konnte. Das tat er auch. Er leitete Kurse für Heimerzieher, hielt Vorträge und erhielt von den Praktikern (Lehrern, Erzieherinnen, Sozialpädagogen) fast immer große Zustimmung. So versuchte er, sich durch praktische Hilfe weitgehend unentbehrlich zu machen. Eine Psychologentagung des Verlags „Volk und Wissen“ am 23./24. März 1948, die die in der SBZ verbliebenen Wissenschaftler und ihr Potential sichten sollte, hatte – nach dem Bericht von DZV-Vizepräsident Marquardt – ein deprimierendes Ergebnis und bewies einmal mehr Krohs fachliche Bedeutung (BAB: ZStA 1462-1463).

Fast gleichzeitig mit der Erstellung der „Charakteristik“ durch die DZV-Personalabteilung schrieb Heinrich Deiters, Mitglied der Pädagogischen Fakultät der Berliner Universität, ein Gutachten über Kroh. Möglich ist, daß Deiters und Kroh sich schon aus den zwanziger Jahren kannten. Beide waren – allerdings zu unterschiedlichen Zeitpunkten – für das Preußische Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht tätig gewesen.

Deiters' Urteil über Kroh war im Prinzip nachsichtig und positiv. Er mußte zwar bemängeln, daß „die Grundbegriffe der psychologischen und erziehungswissenschaftlichen Arbeiten Krohs ... im wissenschaftlichen Sinne nicht vollständig gefestigt“ seien und daß Kroh für eine als „volkstümlich“ zu bezeichnende Richtung Empfänglichkeit gezeigt habe, aber das waren im Grunde sehr euphemistische Formulierungen für die völkischen und nationalsozialistischen Entgleisungen Krohs. Deiters wies mit seinem abschließenden Urteil die Richtung, die die Fakultät in den anschließenden Auseinandersetzungen mit der DZV ging:

Oswald Kroh kann unserer Fakultät bei der psychologischen Ausbildung unserer Studenten in der Anwendung der Psychologie auf die Erziehungswissenschaft gute Dienste leisten. Für einen Lehrstuhl für Psychologie kommt er angesichts der erwiesenen Unsicherheit seiner wissenschaftlichen Grundbegriffe allerdings nicht in Frage. Ich halte es deshalb für richtig, wenn die Fakultät den Beschluß faßt, ihn zum Professor mit Lehrauftrag zu ernennen. (HUB: PA Kroh, Bd. 3, Bl. 63)

Damit deutete sich an, daß Kroh nicht erwarten konnte, wieder Ordinarius und Institutsleiter zu werden. Am 8. März 1948 stellte Dekan Heise mit Einverständnis der Pädagogischen Fakultät an den Rektor den Antrag auf Berufung Krohs als Professor mit Lehrauftrag für Psychologie. Die politische Belastung sei der Fakultät bekannt, in Abwägung aller Momente, insbesondere des von Kroh in

den vergangenen zwei Jahren gezeigten Verhaltens und seiner „absolut positiv“ zu bewertenden Arbeit, sei die Fakultät einstimmig zu dem Urteil gekommen, die Berufung Krohs vorzuschlagen (ebenda, Bl. 69). Ein entsprechender Antrag des Rektors an die DZV erfolgte am 16. März 1948, die ihrerseits weitere Unterlagen anforderte, darunter die persönliche Stellungnahme des Dekans. Mit dessen Unterstützung konnte Kroh rechnen.<sup>22</sup>

Am 4. April 1948 gab Heise zu einer möglichen Berufung Krohs folgende fachliche Stellungnahme ab:

Prof. Dr. *Kroh* gilt seit Jahrzehnten als einer der führenden Psychologen Deutschlands. Seine Arbeiten, insbesondere zur Psychologie des jungen Menschen, des Schülers, sind grundlegend. Kroh eignet zudem eine starke pädagogische Haltung. Auf dem Gebiete der Psychologie in der Pädagogischen Fakultät wird er sowohl in der Forschungsarbeit der Fakultät wie der Erziehung der Studierenden zu Lehrern wesentliche Dienste leisten können. (BAB: R 2/976, Bl. 55)

Heise fügte hinzu, daß eine Planstelle vorhanden sei, zum Punkt „beabsichtigte Gehaltsregelung“ schrieb er: „Professor mit Lehrauftrag. Höchste Stufe.“

## 2.5. Die neue Entnazifizierungspraxis in der SBZ – eine Chance für Kroh

Die Frage der Behandlung ehemaliger Nationalsozialisten und ihrer möglichen Wiederverwendung war in der SBZ durch den SMA-Befehl Nr. 201 vom 16. August 1947 in ein Stadium der Neubewertung eingetreten. Der vom obersten Befehlshaber Sokolowski und SMA-Stabschef Lukjantschenko unterzeichnete Befehl

- hob bestehende Einschränkungen bestimmter politischer bürgerlicher Rechte für ehemalige NSDAP-Mitglieder auf, soweit keine zu verfolgenden Straftatbestände gegen sie vorliegen;
- verpflichtete die für die Entnazifizierung verantwortlichen deutschen Behörden in der SBZ zur „Beschleunigung der Durchführung und den Abschluß der Entnazifizierung“;
- verpflichtete die deutschen Gerichtsorgane in der SBZ, sich in ihrer Arbeit auf die wirklichen Kriegsverbrecher zu konzentrieren, und verbot gleichzeitig die „allgemeine gerichtliche Belangung der nominellen, nicht aktiven Mitglieder der Nazipartei“.

Die vielen nominellen Pg's (Pg = Parteigenosse der NSDAP) erhielten somit eine Chance für einen Neubeginn in der sich aufbauenden Nachkriegsgesellschaft,



die auf ihre Mithilfe angewiesen war. Am 10. September 1947 wurde ein Beschluß des Zentralsekretariats der SED veröffentlicht, der dies deutlich machte:

Durch ihn wird für die ehemaligen nominellen Mitglieder der Nazipartei klargestellt, dass sie als gleichberechtigte Staatsbürger zu behandeln sind. (BAB: R 2/959, Bl. 33)

Hier lag – trotz der eindeutigen Negativgutachten von Gottschaldt, Lau und Lehmann – auch für Kroh womöglich die Chance auf Wiederaufnahme seiner Hochschullehrtätigkeit. In einer Ausführungsbestimmung zum Befehl Nr. 201 der DZV hatte Präsident Wandel unter den Punkten 3 und 4 ausgeführt:

3. Alle ehemaligen Mitglieder der NSDAP und ihrer Gliederungen, die sich aktiv betätig[t]en, und alle Militaristen bis zum 16.11.47 zu entlassen. [...]

4. Die Neueinstellung von ehem. Mitgliedern der NSDAP und ihrer Gliederungen in den Dienst der Volksbildung soll nur in dem Umfang erfolgen, wie freie Stellen vorhanden sind, und nur dann, wenn das ehem. Mitglied nazistischer Organisationen seit Mai 1945 durch praktische Arbeit bewiesen hat, daß es bereit und befähigt ist, ehrlich und aktiv am demokratischen Aufbau Deutschlands mitzuarbeiten, und vom Überprüfungsausschuß entlastet worden ist. (BAB: R-2/871, Bl.40)

## 2.6. Eine Lösung des Problems zeichnet sich ab

DZV-Personalamtschef Lehmann schickte seine Negativcharakteristik über Kroh erst am 21. April 1948 an seinen Präsidenten, Paul Wandel. Dabei beschwerte er sich indirekt, daß andere Abteilungen der DZV „diesen bewußten Herrn Prof. Kroh“ ohne Wissen der Personalabteilung zu Heimleiterlehrgängen und sonstigen Ausbildungsveranstaltungen herangezogen hatten (BAB: R-2/976, Bl. 62).

Wandel schickte das Gutachten fünf Tage später an seine Hochschulabteilung „mit der Bitte um Kenntnis durch Prof. Brugsch, Prof. Rompe, Prof. Heise: gelegentliche Kenntnisnahme auch des Rektors der Berliner Universität mit der Bitte um Stellungnahme. Prof. *Kroh* kommt nach dem vorliegenden Material für eine Verwendung an der Universität nicht in Frage“ (ebenda, Bl. 31).

Das ablehnende Urteil Wandels brachte Heise nicht aus dem Konzept. Am 3. Mai 1948 fand eine Konfrontation Krohs mit dem Lehmann-Gutachten („Charakteristik!“) in Gegenwart einer Kommission statt, der neben Heise die Professoren Robert Alt und Heinrich Deiters angehörten. Das von dem Gespräch angefertigte Protokoll entlastete Kroh und konnte ihn hoffen lassen. Das Kommissionsurteil lautete:

Die Kommission, die sich der Bedeutung eines solchen Votums durchaus bewußt ist, sieht keinerlei Anlaß, von ihrem Standpunkt abzugehen, daß die Berufung von Kroh zum Professor mit Lehrauftrag an die Pädagogische Fakultät der Universität Berlin tragbar ist. Im Interesse des Ausbaus der Fakultät wie der pädagogisch-psychologischen Forschung empfiehlt sie daher die möglichst baldige Bestätigung der Berufung. gez. Heise. (HUB: Bd 3, Bl. 73)

Am 12. Mai 1948 hielt Heise in einer Aktennotiz fest, daß auf Grund einer Rücksprache mit Präsident Wandel „eine Kommissionssitzung über den Fall Kroh stattfinden [sollte], an der die Professoren Heise, Deiters und Alt und Prof. Kroh selbst teilnehmen“.

Am 10. Juni 1948 betonte Präsident Wandel in einem Schreiben an seine Hochschulabteilung, „daß unter der Federführung der Hochschulabteilung ... die Frage des Lehrauftrages für Herrn Prof. Kroh endgültig zum Abschluß gebracht wird“ (BAB: R-2/976, Bl. 29).

Am 3. Juli 1948 schrieb Erster Vizepräsident Marquardt, der mit der Angelegenheit Kroh bislang nur am Rande zu tun hatte, an Präsident Wandel einen als *vertraulich!* gekennzeichneten Brief, in dem er aufzählte, in welchem Ausmaß Kroh von der DZV bereits eingesetzt werde: als Mitglied der Kommission für Schülerbogen, als Mitglied der Arbeitsgemeinschaft für Psychologie, als Vortragender bei Ausbildungskursen des Jugendamtes, als Berater des Verlages „Volk und Wissen“<sup>23</sup>, als Mitarbeiter der von Heise neu herausgegebenen „Zeitschrift für Deutschunterricht“. Andererseits verwies er auf die früher von Kroh vertretenen völkisch-nationalsozialistischen Auffassungen. Er, Marquardt, habe „stärkste Bedenken gegen eine öffentliche Herausstellung von Prof. Kroh als anerkannter Mitarbeiter“ der DZV (ebenda, Bl. 22).

Auch Marquardt – wie zuvor Heise – ging es nicht mehr um die moralische Dimension der politischen Vergangenheit Krohs, sondern nur noch um das Problem, daß die Zentralverwaltung für Volksbildung in ihrem Ansehen Schaden nehmen könnte, wenn Kroh nicht mehr im Hintergrund agieren, sondern im Namen der DZV öffentlich auftreten und als Leiter einer der wichtigen Kommissionen Entscheidungsbefugnisse hätte. Marquardt erwähnte in dem Zusammenhang ebenfalls Krohs Schrift „Das kulturpolitischen Wollen deutscher Gegenwart“.

Am 16. Juli 1948 schrieb Heise an Prof. Rompe als Leiter der Abteilung „W“ der DZV, um endgültig den Weg für Krohs Berufung freizumachen. Es lohnt sich, den Brief in vollem Wortlaut wiederzugeben:

Lieber Rompe!

Die gestrige Besprechung über den Fall Kroh gibt mir Veranlassung, doch noch einmal ganz präzise um eine Bestätigung dahingehend zu bitten, daß nach Absicht der

Deutschen Verwaltung für Volksbildung die Frage der politischen Vergangenheit von Herrn Kroh die Entscheidung über seine Verwendung nicht mehr beeinflusst, sondern daß die Entscheidung davon abhängen soll, ob der von ihm zu entwerfende Vorlesungsvorschlag für geeignet angesehen wird. Nur unter dieser Bedingung könnte ich ihm diesen Vorschlag übermitteln. Ich halte es bei dem Stand der Dinge für unmöglich, daß, wenn die eine Frage entschieden ist, danach wieder die zweite herausgeholt wird und im munteren Wechsel darauf dann wieder die erste. Es ist mir nämlich bekannt, daß von einer Stelle das politische Argument gebracht wird, von einer anderen das fachliche. Und ich meine, es geht nun nicht mehr an, daß nach Ausräumung der Argumente der einen Art wieder die der anderen hervorgeholt werden.

Worauf es also jetzt ankommt, ist eine klare Stellungnahme, daß die Entscheidung nur noch von dem Ergebnis der Besprechung dieses Vorlesungsentwurfs abhängt. Es genügt, wenn ich zunächst eine telefonische Zusage bekomme, damit ich mich mit Kroh in Verbindung setzen kann. Ich würde aber bitten, mir diese telefonische Zusage schriftlich zu bestätigen. [handschriftlich] Herzlichst! Heise. (ebenda, Bl. 47)

Einen Tag später, am 17. Juli 1948, verfaßte die DZV-Präsidialabteilung ein Schreiben an Rompe, aus dem hervorging, daß bei Anwesenheit von Wandel nochmals eine Besprechung über den Fall Kroh stattfinden soll, „aber erst dann wenn sich die Abt. ‚W‘ eine feste Meinung in dem ganzen Fragenkomplex gebildet“ habe (ebenda, Bl. 25).

Sommerferien und Urlaubszeit ließen den Vorgang unerledigt. Nachdem Heise am 3. September 1948 in einem Schreiben an Präsident Wandel monierte, daß in der Angelegenheit Kroh bislang nichts geschehen sei oder ihm zumindest keinerlei Kenntnis gegeben wurde (ebenda, Bl. 24), beeilte sich die Präsidialabteilung mit Schreiben vom 7. September 1948 Heise mitzuteilen, daß die geplante Besprechung nach Rückkehr aller Beteiligten aus dem Urlaub stattfinden werde.

Die Abteilung „W“ erstellte mit Datum vom 20. September ihre Stellungnahme zum Antrag auf Berufung Krohs und schickte sie an Wandel. Die Stellungnahme bestätigt Krohs herausragende wissenschaftliche Qualifikation; die politische Belastung Krohs sei aber zu schwer, „um ihm zum gegenwärtigen Zeitpunkt einen Lehrstuhl anvertrauen zu können, dazu noch an so hervorragender Stelle wie Berlin“. Dies sei auch unter dem Gerechtigkeitsgesichtspunkt nicht vertretbar, wenn man gleichzeitig erheblich geringer belastete Lehrer von ihrem Ämtern entfernt halte. Deshalb werde vorgeschlagen, Kroh „zunächst mit keinem akademischen Lehramt zu betrauen, ihn hierfür aber nach weiterer Bewährung für später in Aussicht zu nehmen“. Man könne Kroh durch Erteilung eines Forschungsauftrages oder durch Mitarbeit bei der Herausgabe wissen-

schaftlicher Werke eine Existenzbasis ermöglichen – „zur Bewährung in einer öffentlich nicht hervorgehobenen Stellung“ mit Gelegenheit „für spätere volle Wiederverwendung“ (ebenda, Bl. 21).

Mehr schien beim besten Willen seitens der DZV für Kroh nicht machbar zu sein. Dennoch bereitete Heise den Antrag für Krohs Berufung auf eine „Professur für Psychologie mit Lehrauftrag“ vor. Die Angabe Krohs, daß Heise ihm ein entsprechendes Angebot am 20. Oktober 1948 unterbreitete, ist durchaus glaubwürdig.

Die Entwicklung der Psychologie in der DDR zur marxistischen Wissenschaft vollzog sich in den folgenden Jahren in einem durchaus langwierigen und widersprüchlichen Prozeß (vgl. Retter 1970; Sprung 1986).

## Anmerkungen

1. Erweiterte Fassung eines Vortrags am 6. Januar 1998 im Psychologischen Institut der Freien Universität Berlin
2. Die auf den neuen Lehrstuhlinhaber zugeschnittene Zusatzbezeichnung des Lehrstuhls lautete „unter besonderer Berücksichtigung der Heerespsychologie“; die Hintergründe der Berufung Krohs auf diesen Lehrstuhl wurden im einzelnen von Schumak (1980, S. 338 ff.) dargestellt.
3. Zur Geschichte der Psychologie an der Berliner Universität bis 1935 vgl. Sprung 1985; Sprung & Sprung, 1987).
4. Die These von der Modernisierung der Psychologie durch den Nationalsozialismus bedarf aus heutiger Sicht, auch im Rückblick auf die Auseinandersetzung zwischen Geuter (1990) und Traxel (1990), erheblicher Differenzierungen; vor allem muß im Zusammenhang dieser These sowohl zwischen Entdeckungs- und Begründungszusammenhang als auch zwischen sachinhaltsbezogener und moralischer Argumentation unterschieden werden. Die Modernisierungsthese trifft relativ uneingeschränkt zu für den Entdeckungszusammenhang. Der Begründungszusammenhang für diese These läßt, auch in der Argumentation Geuters, viele Wünsche offen. Krohs ideologische Wende ab 1933 ist mit einem erheblichen Substanzverlust an wissenschaftlicher Qualität verbunden, wie man an seinen Veröffentlichungen nachweisen kann. Daß er pragmatische Fähigkeiten besaß, für die Psychologie als Universitätsdisziplin eine berufspraktisch orientierte akademische Ausbildung während des Krieges durchzusetzen, steht auf einem anderen Blatt. Der Modernisierungsschub der Psychologie erfolgte im Grunde erst *nach* dem Zweiten Weltkrieg unter Bedingungen, die einerseits den internationalen Anschluß der deutschen Psychologie sicherten, andererseits den - zum Teil politisch belasteten - Lehrstuhlinhabern in der Nachkriegszeit ermöglichten,

die während des Krieges erworbenen berufspraktischen Kenntnisse in die Psychologenausbildung einzubringen. Geuters moralisches Argument, die Nachkriegspsychologie habe ihre früheren Bindungen an den NS verdrängt, ist diskussionswürdig, aber das Problem trifft die Psychologie kaum mehr als andere Disziplinen. Die Aufarbeitungsdiskussion wurde in den Nachkriegsjahren generell weniger von den überlebenden NS-Opfern als von den im Exil lebenden oder von dort zurückkehrenden Wissenschaftlern geführt.

5. Pläne dazu gab es unter anderem politischen Vorzeichen bereits sehr viel früher. In einem Schreiben vom 12. März 1943 teilte Kroh dem Reichserziehungsministerium mit, daß das Hauptamt für Volkswohlfahrt beabsichtige, „in Berlin ein Institut für Sozialpädagogik einzurichten, das der Pflege der Sozialpädagogik, der Sozialmedizin und des Sozialrechts dienen soll. Im Rahmen des Instituts sollen geeignete und ausgelesene Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der NSV eine wissenschaftlich vertiefte Weiterbildung erfahren. ... Es ist beabsichtigt, das Institut später in die Hohe Schule der Partei überzuführen“ (HUB: PA Kroh, Bd. 1).
6. Längere Zitate werden im folgenden durch *Einrückung* – ohne Anführungszeichen – kenntlich gemacht; Sperrungen oder Unterstreichungen im Original sind hier durch Kursivdruck wiedergegeben.
7. Zitiert wird hier und im folgenden aus einem Schreiben von Archivleiter Dr. Spiller vom 02.05.88 an die Stadt Berleburg über den Berufungsvorgang Kroh an der FU Berlin in einer von ihm zusammengestellten Chronik mit den Abschnitten a bis q sowie 15 Anlagen (Kopien von Dokumenten), das er mir am 23.07.90 zukommen ließ. Zitiert wird ferner aus den Akten des Landesarchivs Berlin (LAB) zum gleichen Vorgang.
8. In dem am 10.10.45 ausgefüllten Personalfragebogen schrieb Kroh: „Mitgl. der NSDAP seit 10.5.1933“. Die zweite Ziffer "3" der Angabe "1933" ist mit Tinte ausgefüllt, so daß diese Zahl ebenso als 1938 gelesen werden könnte. In einer handschriftlichen Personalangabe vom 01.03.48 beantwortete Kroh die Frage nach NSDAP-Mitgliedschaft mit "10. Mai 1933". Anlässlich des Lehrstuhlwechsels 1938 nach München und 1942 nach Berlin wurde von ihm als Datum für den Eintritt in die NSDAP gleichlautend der 1. Mai 1933 angegeben. Krohs Erklärung 1946 lautete, er habe erst am 10. Mai das Aufnahmeformular unterzeichnet, die NSDAP-Mitgliedschaft sei rückwirkend ab 1. Mai 1933 datiert worden. In der NSDAP-Mitgliederkartei (Document Center Berlin, jetzt Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde) ist dies nicht ersichtlich, hier ist der 1. Mai 1933 mit der Mitgliedsnummer 3 244 305 vermerkt. Die politische Beurteilung, die Kroh 1941 vom Münchner Gauamtspersonalleiter erhielt, war ausgesprochen positiv: Kroh habe sich seiner Ortsgruppe als Redner zur Verfügung gestellt und „tritt jederzeit für die

- Belange der Bewegung ein“ (ebenda). Demgegenüber behauptete Kroh auf Seite 3 seiner „Erklärung“ von 1946, „daß ich bei der Partei von Anfang an teils auf Mißtrauen, teils auf Ablehnung stieß“.
9. Am 16. April 1948 wurde die Immatrikulation der Studenten Stolz, Hess und Schwarz durch Paul Wandel aufgehoben (Schuppan 1990, S. 226); am 23. April fand eine Protestkundgebung einer großen Anzahl von Studenten statt, „auf der Otto Stolz, führender Kopf der sozialistischen Studenten, unter brausendem Beifall die Errichtung einer freien Universität in den Westsektoren forderte“ (Kotowski 1989, S. 23).
  10. Die Auflösung der PH Berlin, über die ein jahrzehntelanger Kampf geführt wurde, war endgültig zum 1. April 1980 vollzogen (vgl. Heinrich 1980).
  11. Es ist davon auszugehen, daß innerhalb der Berliner SPD bezüglich der Berufung „belasteter“ Professoren an die FU unterschiedliche Toleranzgrade vorherrschten. Im „Fall Kroh“ dürfte die enge Verbindung zwischen Redslob und Oberbürgermeister Ernst Reuter (SPD) die entscheidende Rolle gespielt haben, der entgegen den Bedenken von Stadtrat May letztlich der Berufung Krohs an die FU den Weg ebnete.
  12. Zitiert wird im folgenden nach der drei Ordner (Bände) umfassenden Personalakte (PA) Kroh in der Humboldt-Universität zu Berlin (HUB) sowie nach der PA Kroh im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (BAB).
  13. Spranger erhielt im Februar 1946 einen Ruf an die Universität Hamburg, in den folgenden Wochen erreichten ihn Anfragen einer Reihe weiterer interessierter Universitäten, wobei Tübingen die besten Bedingungen (auch bezüglich der Lösung des Umzugsproblems) durch Unterstützung der französischen Besatzungsmacht bot. Am 4. März 1946 schrieb Spranger an Käthe Hadlich: „Meine Intentionen gehen aber jetzt ... auf Tübingen. Vielleicht kann französische Hilfe mehr. Die in Hamburg machen immer nur neue ‚Aussichten‘“. (SPR: Briefwechsel E. Spranger - K. Hadlich, Bd. 5, S. 760).
  14. Der Briefkopf des Gutachtens trägt nicht die Aufschrift des Psychologischen Instituts der Pädagogischen Fakultät, sondern der „Forschungsstelle für Psychologie“ der ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Gottschaldts bisheriger Wirkungsstätte.
  15. Belege in der Personalakte Krohs (BAB).
  16. Ich danke Mitchell G. Ash für Hinweise auf das Gutachten.
  17. Bei der Wiederbesetzung des Tübinger Psychiatrie-Lehrstuhls war Kroh Berichterstatter in der Sitzung des Kleinen Senats am 16.12.35 - mit Kretschmer als Erstplaziertem auf der Berufungsliste. Der Leiter der Dozenten-schaft, Schönhardt, verwarf Kretschmer mit der Begründung, er „habe sich in seinem Buch ‚Geniale Menschen‘ abfällig über die Rassenauffassung des

Nationalsozialismus ausgelassen“. Daraufhin wurde der Zweitplatzierte Hoffmann, ein überzeugter Parteigänger, gleichrangig mit Kretschmer auf den ersten Platz gesetzt und berufen (UAT 47a/2; Bl. 203; Adam 1977, S. 141).

18. Riegel war radikaldemokratisch-sozialistisch orientiert und wie Kroh Schüler Jaenschs und A. Fischers; er habilitierte sich bei Kroh in Braunschweig 1923, wurde 1928 Professor für Erziehungswissenschaft an der TH Braunschweig, im April 1931 von dem NSDAP-Kultusminister Franzen zwangsweise emeritiert und 1933 entlassen (Hirsch 1971, S. 14 ff; Sandfuchs 1978, S. 206 ff.; TUB: A I 146, Bl. 191).
19. In dieser Eigenschaft fragte Kroh im Auftrag des damaligen Vorsitzenden der Dt. Ges. f. Psych., Felix Krueger, mit Schreiben vom 3. Februar 1936 beim zuständigen Sachbearbeiter im Amt Rosenberg, Schaefer, an, „ob und unter welchen Bedingungen Nicht-Arier als Mitglieder der Gesellschaft für Psychologie noch geführt werden dürfen“ (BAK: NS 15/292, 56947).
20. In einer streng geheimen, im Winter 1941 vom Chef des Hauptamtes SS und SD in Polen, SS-Gruppenführer Greifelt, herausgegebenen Anordnung hieß es im Zusammenhang rassischer Auslese der im Reichsgau Wartheland als „eindeutschungsfähig“ beurteilten polnischen Kinder: „In dem Gaukinderheim Brockau werden die Kinder von Frau Professor Hetzer (NSDAP, Reichsleitung Hauptamt für Volkswohlfahrt) psychologisch überprüft“ (vgl. Hillel & Henry 1975, S. 226). Im positiven Falle sollten die Kinder dem von Himmler geschaffenen „Lebensborn e.V.“ sogleich „auf Abruf“ zur Verfügung stehen, „erstmalig zum April 1942“ (ebenda, S. 227).
21. Da dieser Aufsatz im Herbst 1948 erschien, als Kroh zur FU wechselte, liegt es im Bereich des Möglichen, daß die Identitätsverschleierung nicht durch Kroh, sondern durch die Redaktion der Zeitschrift veranlaßt wurde.
22. Zu Heises Biographie vgl. Retter 1996, S. 51 ff., insbes. S. 53.
23. Der Archivar des Volk-und-Wissen-Verlages, Horst Linke, teilte mir am 16. August 1990 folgendes mit: Es existiert ein von Dr. Lange (Sektion Pädagogik) an Verlagsdirektor Hagemann gerichtetes Schreiben vom 1. Februar 1947 über die „Verlagskommission“ für die geplante Schriftenreihe Pädagogische Bibliothek (einschließlich Psychologie). Als Kommissionsmitglieder werden dabei genannt: „1. Herr Vizepräsident Marquardt, 2. Herr Prof. Dr. Deiters, 3. Herr Sothmann, 4. Herr Alt, 5. Herr Prof. Kroh (unter Voraussetzung, dass die Zustimmung der Zentralverwaltung erfolgt)“. Bei den nachfolgenden Sitzungen der Verlagskommission taucht Krohs Name laut Akte nicht mehr auf.

## Literatur

- Adam, U.D (1977). Hochschule und Nationalsozialismus. Die Universität Tübingen im Dritten Reich. Tübingen.
- Ash, M.G. (1995). Übertragungsschwierigkeiten: Kurt Gottschaldt und die Psychologie in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik. In: S. Jaeger u.a. (Hrsg.): Psychologie im soziokulturellen Wandel – Kontinuitäten und Diskontinuitäten. (S. 286-294). Frankfurt/M: Lang.
- Dreißig Jahre Pädagogische Hochschule Berlin. Reden, Aufsätze und bildungspolitische Stellungnahmen ihrer Rektoren seit 1946. Hrsg. vom Rektor der Pädagogischen Hochschule Berlin. Berlin 1948.
- Freie Universität Berlin. Mitteilungen für Dozenten und Studenten. Sonderheft April 1950.
- Geuter, U. (1984). Die Professionalisierung der deutschen Psychologie im Nationalsozialismus. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Geuter, U. (1990). Aus den „Wurzelschichten“ alter Vorurteile - Eine Antwort auf Werner Traxels Themen zur Psychologie im Nationalsozialismus. In: In: A. Schorr & E.G. Wehner (Hrsg.): Psychologiegeschichte heute. (S.. 229-238). Göttingen: Hogrefe.
- Goldschmidt, D. (1991). Wilhelm Richter. In: B. Schmoldt (Hrsg.): Pädagogen in Berlin. (S. 327-342.). Baltmannsweiler.
- Harten, H.-C. (1993). Rasse und Erziehung. Zur pädagogischen Psychologie und Soziologie des Nationalsozialismus. Ein Forschungsbericht. Zeitschrift für Pädagogik, 39. Jg., 112-134.
- Heinrich, G. (Hrsg.).(1980). Beiträge zur Geschichte der Pädagogischen Hochschule Berlin. Berlin.
- Hirsch. H. (1971). Lehrer machen Geschichte. Das Institut für Erziehungswissenschaften und das Internationale Schulbuchinstitut. Ein Beitrag zur Kontinuitätsforschung. Ratingen.
- Joch, W. (1971). Theorie einer politischen Pädagogik. Alfred Baeumlers Beitrag zur Pädagogik im Nationalsozialismus. Berlin.
- Kittel, M. (1993). Die Legende von der „zweiten Schuld“. Berlin.
- Kotowski, G. (1948). Freiheit. Die Gründung der Freien Universität Berlin. 1948. In: Prell/Wilker 1989, S. 16-30.
- Kroh, O. (1932). Psychologie der Oberstufe. Beitrag zur Reform der Bildungsarbeit. Langensalza.
- Kroh, O. (1935a). Entwicklungspsychologie des Grundschulkindes als Grundlage völkischer Jugenderziehung. 11.-12. Aufl. Langensalza.



- Kroh, O. (1935b). Psychologische Vererbungsfragen mit besonderer Berücksichtigung der sozialpsychologischen Probleme. In: Bericht üb. d. 14. Kongreß der Dt. Ges. f. Psychologie 1934 in Tübingen, hrsg. v. O. Klemm. Jena 1935, S.65-91. 935b)
- Kroh, O. (1937). Das kulturpolitische Wollen deutscher Gegenwart. Langensalza.
- Kroh, O. [Hermann Dreisbach] (1947). Entwicklung und gegenwärtiger Stand des Intelligenzprüfungswesens. Pädagogik, 2, S.145-156, S.271-288, S.416-429.
- Kroh, O. [Harald Sorkow] (1948). Vom Lehrer der Lernanfänger. Die neue Schule, 3. Jg. 1948, S. 766-768, S. 800-801.
- Kroh, O. (1948). Zur Psychologie des Schulanfängers. Pädagogik, 3, 63-83.
- Kroh, O. (1948). Zur Pädagogik des Schulanfangs. Pädagogik, 3, 410-419.
- Kroh, O. (1949). Der pädagogische Auftrag der deutschen Universitäten. In: Freie Universität Berlin. Mitteilungen für Dozenten und Studenten. 30. Juni 1949, H. 4, S. 1-2
- Kroh, O. (1950). Freie Universität und Berliner Lehrerbildung. In: Die Lehrgewerkschaft. Mitteilungsblatt. 4 (4) (vom 20.02.50), S. 25-29.
- Kroh, O. (1954). Revision der Erziehung. Heidelberg (6. Aufl. 1966)
- Lersch, P. (1956). Nachrufe. Psychologische Rundschau, 7, 55-57.
- Lochner, R. (1963). Deutsche Erziehungswissenschaft. Meisenheim.
- Prell, U./L. Wilker (Hrsg.).(1989). Die Freie Universität Berlin 1948-1968-1988. Berlin.
- Retter, H.: Pädagogische Psychologie in der DDR. Zur Entwicklung in den beiden letzten Jahrzehnten. In: Pädagogik und Schule in Ost und West, 18. Jg., 1970, S. 72-83.
- Retter, H. (Hrsg.).(1996). Peter Petersen und der Jenaplan: Von der Weimarer Republik bis zur Nachkriegszeit. Weinheim.
- Sandfuchs, U. (1978). Universitäre Lehrerausbildung in der Weimarer Republik und im Dritten Reich. Eine historisch-systematische Untersuchung am Beispiel der Lehrerausbildung an der Technischen Hochschule Braunschweig (1918-1940). Bad Heilbrunn.
- Schmoltdt, B. (Hrsg.).(1991). Pädagogen in Berlin. Auswahl von Biographien von der Aufklärung bis zur Gegenwart. Baltmannsweiler.
- Schumak, R. (1980). Der erste Lehrstuhl für Pädagogik an der Universität München. Ein Beitrag zur Institutionalisierung und zur Geschichte der Pädagogik als Universitätsdisziplin (1893-1945). In: L. Boehm/J. Spörl (Hrsg.): Die Ludwig-Maximilians-Universität in ihren Fakultäten. Bd. 2. (S. 304-344). Berlin.

- Schuppan, M.S.: Berliner Lehrerbildung nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Pädagogische Hochschule im bildungspolitischen Kräftespiel unter den Bedingungen der Vier-Mächte-Stadt (1945-1958). Frankfurt/M. 1990.
- Sprung, L. (1985). Zur Geschichte der Psychologie an der Berliner Universität (1850-1922). In: Psychologie für die Praxis, H. 1, S. 5-18.
- Sprung, L. (1986). Zur Geschichte der Psychologie in der Deutschen Demokratischen Republik. In: Psychologie für die Praxis, H. 1, S. 5-13.
- Sprung, L. & H. Sprung (1987). Zur Geschichte der Psychologie an der Berliner Universität II (1922-1935). In: Psychologie für die Praxis. H. 4, S. 283-306.
- Storm, G. (1998). Oswald Kroh und die nationalsozialistische Ideologisierung seiner Pädagogik. Eine quantitativ-qualitative Sprachuntersuchung. Dissertation: TU Braunschweig, Erziehungswissenschaftlicher Fachbereich. Braunschweig. (im Druck)
- Tent, J.R. (1988). Freie Universität Berlin 1948-1988. Eine deutsche Hochschule im Zeitgeschehen. Berlin.
- Traxel, W. (1990). Seelentum, Volkheit, Wurzelschicht - Aufschwung und/oder Absturz der deutschen Psychologie im „Dritten Reich“?. Ein neuer Scheingegensatz? In: A. Schorr/E.G. Wehner (Hrsg.): Psychologiegeschichte heute. (S. 217-227). Göttingen: Hogrefe.

## Archive

- BAB** Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Finckensteinallee, hier: Akten des Reichswissenschaftsministerium, Akten der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung in der Sowjetischen Besatzungszone, Personalakte [PA] Kroh R-2/976
- BAK** Bundesarchiv Koblenz, hier: Nachlaß Eduard Spranger, Briefwechsel Kroh, N 1182/211
- FUB** Hochschularchiv der Freien Universität Berlin; hier: Akten Rektorat/ Personalreferat, Akten Phil. Fak. Dekanat, jeweils Personalakte Oswald Kroh; dem Verfasser auszugsweise vermittelt durch die Kopie eines Schreiben (mit zahlreichen Anlagen) von Archivar Dr. A. Spiller an die Stadt Berleburg vom 2. Mai 1988.
- HUB** Universitätsarchiv der Humboldt Universität Berlin; hier: Personalakte Oswald Kroh (3 Bde.); PA Wolfgang Köhler; Akten der Pädagogischen Fakultät 1/67
- LAB** Landesarchiv Berlin, hier: Rep. 14, Acc. 2881. Berufungsunterlagen Prof. Oswald Kroh; Z 121, Berufungen I bis L (unpaginiert)

- SAS Staatsarchiv Sigmaringen; Bestand Wü 80 (Kultministerium Württemberg-Hohenzollern) Nr. 1003 (Personalunterlagen Kroh)
- SPR Spranger Archiv an der Technischen Universität Braunschweig, Seminar für Allgemeine Pädagogik, *hier*: Briefwechsel E. Spranger - K. Hadlich
- TUB Hochschularchiv der Technischen Universität Braunschweig, *hier*: Ges. z. Wiederherst. d. Berufsbeamtentums (I 11 16.) 1933-1939, Sign. A I 143
- UAT Universitätsarchiv Tübingen, *hier*: Akten des Rektorats ab 1945 (205/69) sowie weitere Bestände.

Die angegebenen Bestandssignaturen stammen aus den Jahren 1990-92, in denen die Archivforschungen durchgeführt wurden.

*Anschrift:* Prof. Dr. Hein Retter, Seminar für Allgemeine Pädagogik, Postfach 3329, D-38023 Braunschweig